JAHRESBERICHT 2017/18

ATLANTIK-BRÜCKE

Jahresbericht 2017/2018
der Atlantik-Brücke

Magnus-Haus

Friedrich Merz

David Deißner

„Wir brauchen einen lebendigen Dialog“

Die transatlantische Wertegemeinschaft steht in Zeiten politischer Meinungsverschiedenheiten auf dem Prüfstand. Sie muss immer wieder neu erkämpft werden

Das transatlantische Verhältnis steht vor einer harten Bewährungsprobe. Auch wenn hierüber weitgehend Einigkeit besteht, teilen sich die Geister bei der Bewertung der Situation: Wie radikal ist der Kurswechsel seit Übernahme der Trump-Administration im Januar 2017 tatsächlich? Ist die multilaterale Ordnung in ihrem Kern bedroht? Oder haben wir es „nur“ mit einer neuen Tonalität zu tun, dem außergewöhnlichen Stil eines außergewöhnlichen Präsidenten, der im Verhandlungsmodus provoziert, auf der Handlungsebene jedoch keinen drastischen Kurswechsel erkennen lässt?

Viele unserer amerikanischen Gesprächspartner rieten uns im vergangenen Jahr zu Gelassenheit: “Don’t look at the tweets, look at what actually happens!” Trotz der oft irritierenden Rhetorik, trotz der Unruhe in der politischen Machtzentrale sei das erste Jahr nach der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA doch weitaus weniger disruptiv verlaufen als befürchtet. Eliot A. Cohen, Robert E. Osgood Professor an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies (SAIS), beschrieb den außenpolitischen Kurs der USA noch im März 2018 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ als eine „highly erratic, obnoxious version of the Republican normal“. Die Fortsetzung militärischer Präsenz in Afghanistan, die Bereitschaft zur Intervention in Syrien, die schrittweise Verbesserung der Beziehungen zu Mexiko, die Versicherungen gegenüber Verbündeten wie Japan und Israel sowie das, wenngleich zähneknirschende Bekenntnis zum Sicherheitsversprechen gegenüber den NATO-Partnern habe gezeigt, dass sich die neue Administration in wesentlichen Fragen an den Traditionslinien republikanischer Außenpolitik orientiere.

Die Forderungen an Bündnispartner werden kompromissloser vorgetragen als früher, doch der moderierende Einfluss erfahrener Kabinettsmitglieder und Berater – vor allem der des Verteidigungsministers James Mattis – habe radikale Kursänderungen verhindert. Auch die Kontrolle und Einschränkung präsidentieller Macht durch den Kongress funktioniere, etwa als er im vergangenen Jahr gegen den Willen des Präsidenten eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland erwirkte.

Und dennoch wuchsen 2017 die Zweifel an der Resilienz des demokratischen Systems – und an der Verlässlichkeit der Vereinigten Staaten als Bündnispartner. Gelassenheit fällt schwer angesichts der oft erratischen Entscheidungen aus Washington. Wie verlässlich ist der Einfluss des Kabinetts und Beraterkreises, insbesondere wenn sich der Widerspruch zum Präsidenten verschärft? Das Personalkarussell im Weißen Haus zeigt, dass Offenheit und Beratungsfähigkeit auch im engsten Zirkel der Macht dieser Tage schnell an Grenzen stößt. Noch ist also nicht ausgemacht, welche Richtung die Administration außenpolitisch tatsächlich einschlagen wird, sollte sich eine der vielen Konfliktlagen, denen wir uns gegenübersehen, weiter verschärfen. Offen ist auch, wie sich die geopolitische Landkarte verschiebt, wenn sich die Distanz zu alten Bündnispartnern durch Strafzölle und andere protektionistische Maßnahmen erhöht.

Nicht zuletzt die Entscheidung, das Atom-Abkommen mit dem Iran aufzukündigen – ein Schritt, der nicht nur von den europäischen Bündnispartnern der USA kritisch betrachtet wird –, hat deutlich gezeigt, dass sich die Kursänderungen der Administration nicht mehr auf das Rhetorische beschränken. Der viel zitierte „disruptive Stil“ des Präsidenten wurde mit dieser Entscheidung politische Realität. Die Vereinigten Staaten stehen nun vor der Aufgabe, eine tragfähige Strategie vorzulegen, die an die Stelle des Abkommens tritt, um eine weitere Destabilisierung und Eskalation in der Region zu verhindern. Eine Annäherung an die Perspektive der europäischen Partner in dieser und anderen außenpolitischen Fragen ist im Sinne geopolitischer Stabilität dringend angezeigt.

Eines ist in den letzten Monaten jedenfalls deutlich geworden: Das kollektive Vertrauen in die Vereinigten Staaten als Garant einer regelbasierten westlichen Ordnung ist gesunken. Die Ära Trump markiert, so viel lässt sich schon heute sagen, das Ende vieler Selbstverständlichkeiten.

> „Die Ära Trump markiert das Ende vieler Selbstverständlichkeiten.“

Eine von der Atlantik-Brücke und unserer Schwesterorganisation, dem American Council on Germany, beauftragte repräsentative Umfrage hat ergeben, dass rund die Hälfte der Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks der Meinung ist, dass die gemeinsame Wertebasis erodiert. 20 Prozent der Deutschen sehen gar keine gemeinsame Wertebasis mit den USA mehr. Mit dem Verlust des Vertrauens in Amerika – und hierin besteht wohl die größte Gefahr – leidet auch das Vertrauen in die Stabilität der Demokratie insgesamt.

Wie soll Deutschland, wie soll Europa reagieren? Defätismus und Selbstmitleid sind genauso fehl am Platze, wie sich von einem provokativen Präsidenten in Schockstarre versetzen zu lassen oder um jeden Preis um seine persönliche Gunst zu werben. Wir müssen der Versuchung widerstehen, das Scheitern des Dialogs herbeizureden. Wir sollten allerdings deutlich auch jenen widersprechen, die einer grundlegenden „Abkehr von Amerika“ das Wort reden.

Europa steht vielmehr vor der großen Herausforderung, seine Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten deutlich zu artikulieren, Konflikte selbstbewusst auszutragen und sich in den entscheidenden Fragen auf gemeinsame europäische Leitlinien zu verständigen. Das bedeutet nicht, die Forderungen aus Washington beispielsweise bezüglich eines stärkeren Engagements in der NATO von vornherein abzulehnen. Insbesondere Deutschland hat die historische Verantwortung, für die multilaterale Ordnung und die sie schützenden Institutionen einzustehen – auch und gerade wenn sich die Urheber jener Ordnung zu entfernen drohen.

Bei allen berechtigten Sorgen lässt sich dem Ende der Selbstverständlichkeiten auch Gutes abgewinnen: Wenn alte Gewissheiten nicht mehr dieselbe Bindekraft in einer rapide sich verändernden Welt entfalten, wie es Staatsminister Niels Annen in seinem Beitrag für diesen Jahresbericht formuliert, wird in der politischen Öffentlichkeit das Bewusstsein für den Wert und die Fragilität politischer und zivilisatorischer Errungenschaften geschärft. Auch unser Gespräch mit Professor Dr. Heinrich August Winkler zeigt eindrücklich, dass wir auf beiden Seiten des Atlantiks eine lebendige Debatte über die Gefährdungen der Demokratie von innen und außen und die mögliche Destabilisierung der westlichen Ordnung erleben – und eine vitale Auseinandersetzung darüber, was zu tun ist.

Bundesaußenminister a. D. Sigmar Gabriel hat bereits Anfang letzten Jahres in seiner transatlantischen Grundsatzrede anlässlich unserer Deutsch-Amerikanischen Konferenz auf den Punkt gebracht, worauf es jetzt ankommt: „Die regelbasierte internationale Ordnung – das Sicherheitsnetz unserer äußeren Freiheit – wird zunehmend infrage gestellt. Soziale und politische Spannungen in unseren Gesellschaften nehmen zu. Für unsere Werte und Prinzipien müssen wir nach innen und nach außen einstehen, sie gemeinsam verteidigen. Denn ohne dieses Engagement droht uns schwerer Schaden.“

Die Atlantik-Brücke sieht sich seit ihrer Gründung vor 66 Jahren dem Auftrag verpflichtet, das Bewusstsein für den Wert unserer westlichen, liberalen Ordnung und deren Wertegrundlage – unveräußerliche Rechte, Demokratie, die Herrschaft des Rechts und offene Märkte – zu schärfen und den Dialog lebendig zu halten. Anstatt auf historische Größen und Gewohnheiten zu vertrauen, kommt es jetzt darauf an, auch die jungen Generationen für das transatlantische Projekt zu gewinnen, indem wir die Aktualität unserer Werte unter Beweis stellen und gemeinsame Ziele ausloten. Die transatlantische Wertegemeinschaft hat auch in Zeiten politischer Meinungsverschiedenheiten Bestand. Für selbstverständlich darf man sie nicht nehmen, sondern muss sie immer wieder neu erkämpfen.

Mit unseren vielfältigen Programmen und Veranstaltungen wollen wir hierzu einen Beitrag leisten. Diese Arbeit wird erst möglich durch die Unterstützung und das Engagement unserer Mitglieder, Alumni, Freunde und Partner. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank!

Ihr

Friedrich Merz

Ihr

David Deißner

Niels Annen, MdB (SPD), ist seit 2013 Mitglied des SPD-Parteivorstands und seit März 2018 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Er ist Mitglied der Atlantik-Brücke und Young Leader-Alumnus 2009.

Differenzen ansprechen, Gemeinsamkeiten bewahren

Harmonie um jeden Preis kann nicht das Ziel der transatlantischen Beziehungen sein. Doch ein ehrlicher, konstruktiver Austausch erhält die für Europa und die USA wichtige Partnerschaft aufrecht

Die transatlantischen Beziehungen stehen auf dem Prüfstand. Soweit die nüchterne Feststellung und Beobachtung dessen, was derzeit auf beiden Seiten des Atlantiks geschieht.

In einer sich rapide verändernden Welt entfalten alte Gewissheiten nicht mehr dieselbe Bindekraft. Sowohl in Regierungen als auch in der Zivilgesellschaft gibt es inzwischen Zweifel, ob das transatlantische Bündnis noch Bestand haben wird.

Viele machen diesen Wandel in den Beziehungen an der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten fest. Doch das greift zu kurz. Mit seiner Doktrin des „America First“ verkörpert Donald Trump ganz offen die Abkehr von Europa. Zugleich scheint sein Weg des „America First“ für viele europäische Akteure die Abkehr von Amerika zu rechtfertigen.

Kenner Amerikas erinnern sich allerdings daran, dass die USA einen graduellen Rückzug aus ihrem internationalen Engagement schon vor der Präsidentschaft von Donald Trump begonnen haben: Es war Barack Obama, der den Begriff „nation-building at home“ prägte und dessen Administration das internationale Engagement – etwa im Irak und in Afghanistan – zurückfahren wollte. Umgekehrt hat die europäische Skepsis gegenüber den USA ebenfalls nicht erst mit Trump begonnen: Die massiven öffentlichen Proteste gegen die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, und der zurückhaltende Umgang vieler europäischer Regierungen und Parteien mit diesem Thema entsprangen auch einer ganz grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber den USA. Und so wie es schon lange vor dem transatlantischen Handelsabkommen TTIP europäische Proteste gegen amerikanische Politik gab, so gab es auch schon vor Donald Trump US-Präsidenten, die ihren Ärger über ihre europäischen Verbündeten öffentlich machten. Gleichwohl markiert die Art und Weise und die Vehemenz der von Trump vorgetragenen Punkte einen tiefen Einschnitt im transatlantischen Verhältnis.

Insgesamt tun wir aber gut daran, die aktuell aufgewühlten transatlantischen Wellen mit etwas historischem Abstand zu sehen, und können dabei feststellen: Wir hatten schon in der Vergangenheit einige Stürme, die wir gemeinsam überstanden haben. Mir scheint gerade für uns in Deutschland die historische Perspektive wichtig: Wir verdanken nicht zuletzt den USA die Befreiung vom Nationalsozialismus, den Wiederaufbau durch den Marshallplan, die Aufnahme des geächteten Deutschlands in die westliche Staatengemeinschaft und das Nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO und dessen Schutz während des Kalten Krieges. Und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die deutsche Wiedervereinigung nur durch die aktive Unterstützung der Vereinigten Staaten erst möglich geworden. Auf Deutschlands „langem Weg in den Westen“, um den großen deutschen Historiker Heinrich August Winkler zu zitieren, waren die USA stets der Partner, der uns tatkräftig geholfen und verlässlich begleitet hat. Kurzum: Ohne die

Vereinigten Staaten von Amerika wäre die deutsche Geschichte vermutlich anders verlaufen. Auch daran sollten wir uns erinnern, wenn wir über den gegenwärtigen Zustand des „Westens“ nachdenken. Dass wir Deutschland – trotz zweier Weltkriege und des Holocausts – als Teil dieses „Westens“ begreifen können und dürfen, verdanken wir nicht nur unseren eigenen Anstrengungen, sondern auch aufgeklärter und weitsichtiger amerikanischer Staatskunst. Die Westbindung Deutschlands war eine wesentliche Voraussetzung unserer Erfolgsgeschichte nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Aus der schwierigen deutschen Geschichte ergibt sich für uns die besondere Verantwortung, für die Werte einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft einzutreten, die die Rechte jedes und jeder Einzelnen achtet und schützt. Daraus folgt die Verantwortung, für die Einhaltung dieser Werte auch international einzustehen. Im Umkehrschluss bedeutet das dann aber auch, dies gegenüber unseren amerikanischen Freunden zu tun. Viele Transatlantiker – mich eingeschlossen – betrachten mit Sorge Tendenzen in der amerikanischen Administration, sich von der regelbasierten multilateralen Weltordnung zu entfernen, für die wir uns die letzten sieben Jahrzehnte gemeinsam eingesetzt haben. Diese Entwicklung ist umso bedauerlicher, da keine Nation mehr zur Schaffung dieser Ordnung beigetragen hat als die USA. Das ist besorgniserregend angesichts globaler Probleme wie Klimawandel oder Terrorismus, welche die Handlungsfähigkeit und damit die Legitimation dieser Ordnung ebenso infrage stellen wie einzelne Staaten, die sie durch Verbrechen an der eigenen Bevölkerung, durch grenzüberschreitende Aggression oder durch Waffenprogramme bewusst herausfordern. Daneben, und damit teils verwoben, gibt es den Druck, der von strategisch agierenden Großmächten ausgeht, die versuchen, die demokratischen Grundlagen des „Westens“ zu untergraben und ihnen autoritär gelenkte Alternativen entgegenzustellen. Vor diesem Hintergrund ist die gefährdete Einheit des „Westens“ wichtiger denn je: Wir brauchen die USA zur Selbstbehauptung in einer Welt, in der unser Wertesystem zunehmend infrage gestellt oder gar bedroht wird. Und genau zu diesem Zeitpunkt scheinen die USA erneut von der Versuchung eines isolationistischen Rückzugs von der Welt erfasst zu werden.

> „Wir brauchen die USA zur Selbstbehauptung in einer Welt, in der unser Wertesystem zunehmend infrage gestellt wird.“

Für mich folgt daraus, dass wir uns mehr denn je für die Einheit des Westens einsetzen müssen – und dass wir dies gerade auch innerhalb des Westens tun müssen. Denn die offenen, toleranten und pluralistischen Demokratien sind längst nicht nur Druck von außen ausgesetzt. Protektionismus, Populismus und Nationalismus bedrohen sie längst auch von innen. Und beide Strömungen wirken wie Korrosionskräfte auf all das, wofür der „Westen“ steht und was ihn ausmacht. Wir müssen begreifen, dass Demokratie und Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlstand keine bleibenden, naturgegebenen Errungenschaften sind. Sie müssen vielmehr immer wieder neu erworben und erkämpft werden. Dazu gehören der respektvolle Umgang miteinander und die Erkenntnis, dass beispielsweise fairer, regelbasierter Freihandel kein Nullsummen-Spiel zwischen Gewinnern und Verlierern ist. Dazu gehört auch ein ernsthaftes Engagement für die Stärkung der bestehenden Abrüstungsregime wie für die gemeinsame Sicherheit und ein geschlossenes Auftreten gegen alle, die sie unterminieren wollen. Wir müssen nicht zuletzt entschlossen für unsere gemeinsamen Werte – die „unantastbar“ und inalienable sind – gegen alle eintreten, die diese in Zweifel ziehen.

Wir werden hierzu in den nächsten Jahren viele intensive Gespräche mit unseren amerikanischen Freunden führen. Wir werden lernen müssen, sie besser zu verstehen und ihnen zugleich Deutschland und seine Position in Europa besser zu erklären. Wir werden uns stärker um Gemeinsamkeiten bemühen und dieses Bemühen auch gegen manche innenpolitische Kritik verteidigen müssen. Wir werden Differenzen offen ansprechen und in der Sache austragen müssen. Wir werden bei keinem der uns wichtigen Themen zurückstecken nur um der transatlantischen Harmonie willen. Aber wir werden diese Gespräche sehr wohl mit dem Ziel führen, gemeinsam zu handeln, und zwar, wo immer möglich, im Geiste der Partnerschaft und der Freundschaft, der unsere Beziehungen seit Jahrzehnten prägt und trägt.

> „Die transatlantischen Beziehungen stehen auf dem Prüfstand. Doch das muss nichts Schlechtes sein.“

Die transatlantischen Beziehungen stehen auf dem Prüfstand. Doch das muss nichts Schlechtes sein: Am Ende dieser Prüfung kann – und sollte – die Erkenntnis stehen, dass wir einander mehr denn je brauchen und füreinander wichtiger sind denn je.

Cathryn Clüver Ashbrook is a German-American, Founding Executive Director of the Future of Diplomacy Project and the Project on Europe and the Transatlantic Relationship at the Harvard Kennedy School. She is an Atlantik-Brücke Young Leader Alumna 2012..

Brittle times for the transatlantic relationship

The state of the transatlantic relationship is frail: Over the past 16 months, dramatic fissures have emerged to weaken an already neglected alliance. The consequences are so far reaching that the German chancellor has deemed it a "question of war and peace"

From the continued relevance and financial sustainability of NATO, to the political relevance of the European Union and the importance of the Paris Climate Change agreement, the new American administration is willing to question both long-standing, normative anchors of the global security architecture, as well as more recent achievements of international diplomacy. Now, with the unilateral decision to repeal the Iran nuclear deal by the United States, a fault line has opened up across the Atlantic with consequences so far reaching the German chancellor has deemed it a "question of war and peace." Make no mistake: With this American administration, we have surpassed the transatlantic crises of old that were predominantly marked by differences of political opinion between parties on either side or among European allies.

This is a different time. The George W. Bush and Barack Obama administrations treated Europe with relatively benign neglect, reducing the number of U.S.-EU Summits and focusing – as President Obama did – first on an ill-timed "reset with Russia" and then a "pivot to Asia." But neither leader waivered in his understanding of the United States as the leading power among powers, made "exceptional" not by its own might alone, but based on its robust network of allies across the globe while China grew and Russia extended its capacity as a spoiler in the international system. The Obama era national security strategies underlined a deep commitment to the decades-old allied transatlantic relationship in security, economic, and yes, also in values terms. Compare the Hobbesian worldview articulated by the once assumed "adults in the room" of the Trump administration, former National Security Advisor H.R. McMaster and former economic advisor Gary Cohn, who – in their dog-eat-dog scenario published in "The Wall Street Journal" – made clear that American values would no longer be the cornerstone of American foreign policy, stripping that policy of its moral power.

President Trump is a transactionalist unburdened by the lessons of history, and his current foreign policy team are taking a series of uncalculated risks tempting far-reaching global consequences. The coming months will see an even more assertive Trump administration, buoyed by rising approval numbers and a strong U.S. economy. Using the language of rivalry, this administration will attempt to split Europe on issues relating to secondary sanctions against Iran, tariffs, and possibly energy policy. Reports of the president's dismissive rhetoric during the spring 2018 visit of German Chancellor Merkel, and the demand by America's newly-arrived ambassador to Berlin that German companies "wind down operations [in Iran] immediately," are all hallmarks of the harsh tone European countries are likely to face across the policy spectrum in the months – possibly years – ahead.

For too long, Europeans failed to take this administration at face value, preferring to rely on U.S. institutions and the realities of a globalized,

co-dependent economy to keep this president in check – perhaps no country more so than Germany. This is in part explained through the lens of history, as a country indebted not once but twice to U.S. interventions that shaped its future from the Marshall Plan to reunification and in part by current, real world co-dependencies in defense and economic matters. Though the chancellor has repeatedly thrown down a moral gauntlet, highlighting the necessity to abide by Western values, she has been rebuked by the Trump White House. As James Traub has pointed out, the "mental transition (away from the United States as protector and friend of first resort) will take far longer than the political one." Sensing a deeper shift in the relationship, the writers of all German editorial pages are calling for the country's leadership to "join the resistance," ("Der Spiegel") against this administration. And indeed, Germany and Europe should embrace their emergent strategic options.

First, there is the pursuit of a rigorous (and it will not be easy) reform agenda of the European Union itself on key issues, including financial policy, energy, foreign policy, and defense. While European cohesion is threatened by the rising tide of populism and illiberal democracies in the EU's midst and on its borders, from Hungary to Poland, to a tilting Czech Republic and an embattled Serbia and Russia further East, core member states can and will need to move ahead in these areas – and quickly – to restore their citizen's faith in the very basic promises of the West, that of physical security and economic stability. The last six months have proven that progress is possible: From the Permanent Structured Cooperation agreement on foreign and defense policy issues, to discussions on the use of qualified majority voting in the Council on related issues, to its diplomatic strategy in Washington to counter trade tariffs, to the united front on the Iran question – the European Union can present and defend its own interests, provided it musters sufficient political will. Should reform efforts succeed at pace, they could have a beneficial impact on the relationship with Washington. Unity in these policy areas equals strength, and strength is what President Trump respects.

> "The European Union can present and defend its own interests, provided it musters sufficient political will."

Second, the integrated global challenges we face today will affect European countries to a disproportionate degree and hence demand action and new partnerships. Conflicts across the Middle East and Africa resulting from territorial conflict (Syria, Yemen, Iraq, Mali, the Democratic Republic of Congo) or from climate change and economic factors (including water and resource shortages) will have direct spillover effects on bordering EU and NATO countries and beyond. Economic and technological challenges emerging from China already challenge Europe's slow-moving industrial and digital policies. Russia's success in dividing Europe is linked to weakened European civic institutions. Tackling these challenges will require greater internal cohesion and creativity, but it will also require an increasingly unified voice (or set of leading voices) within the UN and the WTO and with new partners on the basis of a defined strategy, including Persian Gulf countries, India, and Japan.

Finally, European countries and Germany in particular need a more holistic and practical approach to the transatlantic relationship – one that goes beyond the corridors of power in Washington. The Trumpian view of transatlantic relations is not monolithically echoed across the vast landscapes of the United States, as Atlantik-Brücke's YouGov survey points out. As mayors across the Atlantic collaborate on climate change mitigation and migrant integration; as news outlets on either side form strategic business partnerships to uphold the freedom of the press; as France offers itself up as a haven for American scientists; as German companies invest in mitigating deficiencies in public education in South Carolina; as the German model informs prison reform in Massachusetts, we see the value of shared transatlantic public policy solutions beyond the classic areas of security and defense policy. Here, Atlantik-Brücke can play an important role by inspiring a more practical understanding of solutions toward the shared Western challenges of strengthening vibrant, civically engaged societies and addressing the future of work and education in the 21st century.

> "European countries need a more holistic and practical approach to the transatlantic relationship – one that goes beyond the corridors of power in Washington."

Of course, efforts to work with Washington must and will continue. Coordinated, diplomatic efforts to lobby Congress had an impact on U.S. sanctions policy toward Russia. Congress itself has worked, where it can, to rein in this President – and the mid-term elections in November might strengthen its ability to check his power and influence. Europeans should continue making their voices heard. In the meantime, not all is lost. European cohesion and a more strategic, joint approach to relations with the U.S. will be elemental over the coming months and years. If successful, these efforts will serve to redefine the West and the transatlantic relationship for the 21st century.

Das Jahr bei der Atlantik-Brücke

„Gemeinsam stärker“

Der Marshallplan begründete die liberale, regelbasierte Ordnung der westlichen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Idee ist aktueller denn je. In fünf Leitgedanken machte Sigmar Gabriel auf der Deutsch-Amerikanischen Konferenz Vorschläge, wie die transatlantischen Beziehungen erneuert werden könnten

Die Deutsch-Amerikanische Konferenz fand nur wenige Wochen vor dem 70. Jahrestag eines für die transatlantischen Beziehungen fundamentalen Ereignisses statt – der berühmten Marshallplan-Rede am 5. Juni 1947. An jenem Tag legte der damalige US-Außenminister George C. Marshall im Innenhof der Harvard University vor Absolventen dar, wie Europa aus eigenem Antrieb und mit amerikanischer Hilfe nach Ende des Zweiten Weltkrieges erneuert werden sollte. In seiner Keynote griff der damalige Außenminister Sigmar Gabriel das Thema des Marshallplans auf, um zu fragen, wie heute die transatlantischen Beziehungen belebt werden können und müssen. Er entwickelte fünf Leitgedanken:

1. *Die USA und Europa sind gemeinsam stärker. Unsere transatlantische Partnerschaft dient den Interessen beider Seiten.*

2. *Die regelbasierte internationale Ordnung – das Sicherheitsnetz unserer äußeren Freiheit – wird zunehmend infrage gestellt. Soziale und politische Spannungen in unseren Gesellschaften nehmen zu. Für unsere Werte und Prinzipien müssen wir nach innen und nach außen einstehen, sie gemeinsam verteidigen. Denn ohne dieses Engagement droht uns schwerer Schaden.*

3. *Je stabiler, handlungsfähiger und erfolgreicher die USA und Europa jeweils für sich sind, desto wirksamer agieren sie gemeinsam in der Welt. Transatlantische Beziehungen beginnen also bei den „Hausaufgaben“.*

4. *Die USA und Europa brauchen eine Balance von hard power und soft power. Hier darf kein dauerhaftes Ungleichgewicht entstehen: Europa muss seine hard power erhöhen, und die USA dürfen ihre soft power nicht verlieren.*

5. *Die transatlantischen Beziehungen sind kein Dauergeschenk. Wir müssen sie immer wieder neu in unseren Gesellschaften verankern. Und dafür sorgen, dass auch die Lasten dieser Beziehung fair verteilt werden.*

oben
John Gilbert,
Janusz Reiter,
Alison Smale,
Douglas Lute,
Georg Mascolo

mitte links
Hergard Rohwedder,
Jeannie von Oppenheim

mitte rechts
Hans-Georg Engelke,
Tina Hassel

unten links
Donna Brazile,
Michael Werz

unten rechts
Steven Sokol,
David Deißner,
Kurt Volcker

„Wenn wir uns diese Leitgedanken zu eigen machen, dann halten wir auch kontroverse transatlantische Diskussionen aus“, sagte Gabriel.

Das anschließende Panel widmete sich ebenfalls der bleibenden Bedeutung des Marshallplans. „Marshall war klar, dass sich die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht wiederholen darf“, sagte der frühere US-Botschafter bei der NATO, Douglas Lute. Marshall habe die Integration der USA und Europas als beste Lösung angesehen. Der ehemalige polnische Botschafter in der Bundesrepublik, Janusz Reiter, forderte, dass die Erinnerung an den Marshallplan gerade in Europa nicht verblassen dürfe. Georg Mascolo, Leiter des investigativen Rechercheverbundes von „Süddeutscher Zeitung“, WDR und NDR, betonte: „An entscheidenden Wegmarken unserer Geschichte war Amerika der beste Freund, den sich Deutschland nur wünschen konnte.“

Daniel Coats, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, der nun Geheimdienstdirektor der Vereinigten Staaten ist, bekräftigte im Gespräch mit Matthias Naß von der „Zeit“ die große Bedeutung von gegenseitigem Vertrauen in sicherheitspolitischen Fragen. Er hob hervor, dass Europa weiterhin durch terroristische Angriffe verwundbar sei.

Unter den weiteren Rednern der Konferenz waren Donna Brazile, frühere stellvertretende Vorsitzende des Democratic National Committee, die über die aktuelle Lage der Demokraten sprach, sowie der damalige parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Jens Spahn, der über Finanzmarktregulierung und Freihandel sprach.

Der Frage, ob Präsident Donald Trump eine außenpolitische Doktrin hat, gingen der Geschäftsführer des McCain Institute for International Leadership, Botschafter Kurt Volker, und Dr. Michael Werz nach, Senior Fellow beim Center for American Progress.

Marieluise Beck, Grünen-Obfrau im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, Susan B. Glasser, Chief International Affairs Columnist bei „Politico“, und Dr. Daniel S. Hamilton, Geschäftsführer des Center for Transatlantic Relations der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University, setzten sich mit einer sich wandelnden Weltordnung sowie der Rolle Russlands darin auseinander.

Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag, diskutierte mit James Bell, Vizepräsident für Global Strategy am Pew Research Center, über politische Polarisierung und deren Auswirkung auf die Demokratie. Nouripour forderte Deutsche und Europäer auf, aus der US-Präsidentschaftswahl 2016 zu lernen: „Die Demokraten haben zu wenig Empathie für die Sorgen der vielen abgehängten Menschen gezeigt.“

oben
Friedrich Merz,
Jens Spahn

unten
Matthias Naß,
Daniel Coats

Im Weltsaal des Auswärtigen Amtes

“Democracy under Threat? – Public Discourse and Political Culture in a Changing Media Environment”

Über den Dächern von Berlin diskutierten Young Leaders-Alumni über die Rolle der Medien im politischen Diskurs

Welche Rolle spielen die Medien im öffentlichen Diskurs? Wie tragen sie zur Meinungsbildung bei, und wie können sie selbst auf die aktuelle „Fake News“-Debatte reagieren? Gordon Repinski, damals Reporter für den „Spiegel“, Atika Shubert, Senior International Correspondent von CNN, und Anton Troianovski, damals Deutschland-Korrespondent für das „Wall Street Journal“, berichteten von ihren Erfahrungen mit einem aufgeheizten Diskurs rund um das Thema Medien und politische Kultur. Sie betonten die Bedeutung, die eine informierte und ausgewogene Berichterstattung für demokratische Gesellschaften hat. Gleichzeitig hinterfragten die Panelisten selbstkritisch, wie die Medien die Debatte im amerikanischen Wahlkampf 2016 befeuert hatten – beispielsweise durch die ausgiebige Berichterstattung über den lange als Außenseiter geltenden Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, der als schillernde Figur Garant für spektakuläre Schlagzeilen war. Die Diskussion der drei Journalisten wurde von Ali Aslan moderiert.

Dr. Ben Scott, Vorstandsmitglied der Stiftung Neue Verantwortung und Senior Advisor beim Open Technology Institute der New America Foundation sowie politischer Berater in Hillary Clintons Wahlkampfteam 2016, sprach darüber, wie sich gezielte Desinformationskampagnen digitaler Kanäle bedienen und welche Schwierigkeiten bei dem Versuch auftreten, ihnen entgegenzuwirken.

Im Anschluss an die Diskussion ließen die Alumni den Abend bei Gesprächen auf der Dachterrasse der Berliner Repräsentanz der Vodafone Stiftung ausklingen.

oben
Amar Bhidé,
Frederick Fleck,
Matthew Holmes,
Heather Long

unten
Wolfgang Baare-Schmidt,
Anne-Marie Großmann,
Jürgen Großmann

Vertiefte Zusammenarbeit und Best-Practice-Austausch

Ob beim Freihandel oder bei außenpolitischen Herausforderungen: Im Mittelpunkt der Konferenz stand die gemeinsame Zukunft von Kanada und Deutschland

Mit Chrystia Freeland und Navdeep Bains waren gleich zwei kanadische Minister unter den Rednern der Deutsch-Kanadischen Konferenz in Ottawa. Der damalige Generalgouverneur von Kanada, David Johnston, hielt die Keynote-Rede.

Die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland sprach über das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU, CETA, das zum Zeitpunkt der Konferenz noch nicht in Kraft getreten war. Sie befasste sich in erster Linie mit der wachsenden Ablehnung des Freihandels bei großen Teilen der Bevölkerung. Diese Entwicklung müsse vor dem Hintergrund der Disruption des Arbeitsmarktes durch Globalisierung und technischen Fortschritt betrachtet werden. Nun komme es darauf an, die Vorteile des Freihandels deutlich zu machen und gesellschaftliche Inklusion zu fördern.

Navdeep Bains, der kanadische Minister für Innovation, stieß eine Debatte über Kooperation und Best-Practice-Austausch zwischen Deutschland und Kanada an. Schwerpunkt seines Vortrags waren kanadische Start-ups, die sich am Erfolgsmodell des deutschen Mittelstands orientieren könnten.

Generalgouverneur David Johnston widmete sich dem Thema Einwanderung. Insbesondere ging es um das Verhältnis von Diversität und Integration und darum, was Europa und Kanada auf diesem Feld voneinander lernen können.

Rund 70 hochrangige kanadische und deutsche Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien nahmen an der Konferenz teil, die von Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Tom Jenkins, Vorstandsvorsitzender der OpenText Corporation, geleitet wurde. Unter den weiteren Gastrednern waren Dr. Stéphane Dion, kanadischer Botschafter in Deutschland, und Werner Wnendt, damaliger deutscher Botschafter in Kanada.

oben
Chrystia Freeland

unten
Iain Stewart,
Tom Jenkins,
Stéphane Dion,
Werner Wnendt,
Michael Hüther,
Pierre-Gerlier Forest

oben links
Shereen Benzvy Miller,
David Lindsay

oben rechts
Navdeep Bains

mitte links
Zulfi Sadeque,
Kevin Keough

unten
Haci Halil Uslucan,
Reinhard Stuth,
Wolfgang Schmidt

oben
Martin Wilhelm

unten
Roman Pletter,
Ailish Campbell,
John Manley

„Deutschland bekam durch die USA eine zweite Chance“

65 Jahre Atlantik-Brücke: Dr. Wolfgang Schäuble erinnerte an die Geschichte der transatlantischen Beziehungen. Er betonte zudem die Bedeutung einer zukünftigen gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa

Als Eric M. Warburg, Erik Blumenfeld, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Ernst Friedlaender, Dr. Hans Karl von Borries und Dr. Gotthard Freiherr von Falkenhausen im Jahr 1952 die Atlantik-Brücke gründeten, war der Verein noch eine kleine Gemeinschaft von Transatlantikern. 65 Jahre später kamen im Atrium der Deutschen Bank rund 200 Mitglieder zusammen, um einer Rede Dr. Wolfgang Schäubles, damaliger Bundesfinanzminister und heutiger Präsident des Deutschen Bundestags, zuzuhören. Er sprach über die Bedeutung, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg für Europa hatten, aber auch über die heutigen Entwicklungen im transatlantischen Verhältnis.

„Die Gründung der Atlantik-Brücke erinnert uns daran, wie Deutschland durch die USA eine zweite Chance bekam. Der Prozess der Europäischen Einigung und das transatlantische Bündnis wären ohne einander nicht denkbar“, so Schäuble.

> „Durch ständigen, beharrlichen Dialog wird es uns gelingen, die USA dafür zu gewinnen, auf diesem Weg globaler Stabilität und Ordnung weiter voranzugehen.“ Wolfgang Schäuble

Europa müsse in der globalisierten Welt mehr Verantwortung übernehmen. Die Zusammenarbeit mit den USA sei jedoch weiterhin entscheidend, um eine stabile Weltordnung zu schaffen. Dafür brauche es auch starke gemeinsame Lösungen zur Regulierung der Finanz- und Kapitalmärkte.

„Ich bin optimistisch: Durch ständigen, beharrlichen Dialog wird es uns gelingen, die USA dafür zu gewinnen, auf diesem Weg globaler Stabilität und Ordnung weiter voranzugehen.“

Im Anschluss an die Versammlung ließen die Mitglieder den Atlantik-Brücke-Tag im Garten des Magnus-Hauses ausklingen.

oben
Wolfgang Schäuble

unten
David Deißner,
Friedrich Merz,
Edelgard Bulmahn,
Andreas Dombret

oben links
David Knower,
Farhad Dilmaghani,
Andreas Kuhlmann

oben rechts
Iris Rothbauer

mitte links
Jürgen Conzelmann,
Peer Steinbrück

mitte rechts
Rolf Theenhaus,
David Hoeflmayr

unten
Andreas Dombret,
Nicola Sievers

oben
Angelika Gifford,
Marion Helmes

unten
Friedrich Thelen,
Alexandre Grewlich,
Andreas Rohardt

Peer Steinbrück,
Heike Schwesinger,
Isabel Poensgen

oben
Albrecht Graf von Reichenbach, Andreas Rohardt

unten
Im Garten des Magnus-Hauses

oben
Klaus-Jürgen Hedrich, Dieter Schmidt, Christoph Rückel, Andreas Geiger

unten
Christian Bunsen

A sense of responsibility for maintaining close German-Americain ties

Young German and American professionals discussed the bright and dark sides of Silicon Valley, took a closer look at the current challenges in the transatlantic partnership, and met a soccer star and a world renowned political scientist

Within days of the Young Leaders Conference three separate events made international headlines: A Google employee was fired after releasing a ten page memo criticizing diversity practices at the firm. President Trump invoked “fire and fury” upon North Korea in the case of “any more threats to the United States.” A white supremacist rally in Charlottesville, Virginia, ended with the death of a protester.

The events were manifestations of trends that we had the opportunity to debate with insiders, experts, and among ourselves.

Three observations stand out from this 39th German-American Young Leaders Conference:

1. *There is a sincere demand for more active German leadership in global affairs.*

2. *Expertise about technology and an appreciation for its impact on society do not generally coincide. This dialog must be strengthened.*

3. *The transatlantic relationship remains strong on an interpersonal level. But in order to preserve the priority of our close institutional ties, Germany should find ways to engage the broader American public more directly.*

Forty-seven young professionals and academics from the U.S. and Germany came together in Santa Cruz, California, for this year’s conference. It was a week full of inspiring discussions about the future of transatlantic relations, site visits, and meetings with impressive guest speakers.

oben
Die Young Leaders 2017
bei Google in Mountain View

unten
Im Klettergarten

Santa Cruz's proximity to Silicon Valley made the opportunities and risks arising from technological innovation a natural focus of our discussions. We visited firms such as Palantir and Udacity, and heard from distinguished guest speakers such as Kent Walker (Senior Vice President & General Counsel at Google) and John O'Farrell (General Partner at Andreessen Horowitz). During our discussions, it became clear that artificial intelligence and automation have the potential of unleashing dramatic gains in productivity. These technologies will, however, likely disrupt the labor market and increase inequality. Ceding decision making to automated systems raises difficult ethical questions. Technology leaders should be more sensitive to the large-scale consequences of their activities, as well as more realistic about the potential impact of regulation.

The group also met with Silicon Valley Rising, a labor rights group, and Emily Cohen from the San Francisco Department for Homelessness and Supportive Housing. A meeting with Santa Cruz Mayor Cynthia Chase rounded off this exploration of the negative effects of Silicon Valley's success on a local community. An upsurge in demand for housing by highly skilled workers in the technology industry has contributed to the emergence of a homelessness crisis in Silicon Valley and San Francisco.

Debates about international politics and security took up the rest of our time. Professor Francis Fukuyama (Stanford University, YL '85) offered his perspective on the future of democracy. Professor Donald Abenheim and Colonel Peter Frank (both at the Naval Postgraduate School, Monterey) conveyed vividly the challenges that NATO is facing from external military threats, propaganda operations, and internal dissent. The discussions in the group highlighted that as the divides in American society have intensified, so too have the perspectives of the United States and Europe grown apart. The origin of this development may have coincided with the end of the Soviet Union, but dissent about the War in Iraq, as well as the recent presidential election have highlighted the divergence. It has found its most recent vocal expression in American demands for greater military expenditures by European NATO member states. Such complaints have also been made by previous administrations. The advent of the Trump administration, however, marks the first time that the United States' commitment to collective defense in Europe has been seriously questioned.

On a lighter note, German soccer legend and former coach of both the German and the U.S. national teams Jürgen Klinsmann honored the delegation with a surprise visit.

We take away with us a deeper appreciation for the complexity of modern statecraft, a sense of responsibility for sustaining our close German-American ties and a new circle of friends and transatlantic partners.

oben links
John O'Farrell

oben rechts
David Deißner,
Francis Fukuyama

mitte links
Rachel Rizzo,
Liudmila Batista

mitte rechts
Michelle Kayser,
In-Hae Lee,
Xanthi Doubara,
Amanda Sellers,
Conor Sartory

unten
Susanne Kreimer,
David Bachmann,
Moritz Baier,
Deeneaus Polk

oben
Thomas Olaynig,
Jürgen Klinsmann,
Mark Schmitz,
Thomas Scott

unten
Erste Reihe:
Varina Winder,
Finn Haensel,
Paul Ziemiak,
Pia Frey,
Jonathan Rabb,
Deeneaus Polk

oben
Jens Bender,
Thomas Scott

mitte links
Julia Dizhevskaya,
Samantha Turner,
Torrey Taussig,
Varina Winder

mitte rechts
Maximilian Popp,
Conor Sartory,
Freya Oehle

unten links
Jonathan Rabb

unten rechts
Astrid Strack

Interview mit Howard Dean

“That is not what America looks like”

Ungewissheit angesichts einer sich wandelnden Welt ist die Ursache für populistische Strömungen, sagt der ehemalige Gouverneur von Vermont Howard Dean. Die demokratische Partei sollte die Ängste jener Amerikaner ernst nehmen, die um ihren Platz in der Gesellschaft fürchten. Diversität und Gleichberechtigung zu hinterfragen, um mehr Wähler zu gewinnen, ist jedoch keine Lösung

Howard Dean war von 1991 bis 2002 Gouverneur des US-Bundesstaates Vermont. 2004 bewarb er sich um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei, anschließend war er von 2005 bis 2009 Vorsitzender des Democratic National Committee (DNC). Im Interview mit der Atlantik-Brücke am 5. Oktober spricht er am Rande eines Roundtables über Trumps Amerika, über die Hintergründe des Erfolgs rechtsgerichteter Parteien und Bewegungen, über die Zukunft der Demokraten und über das transatlantische Verhältnis.

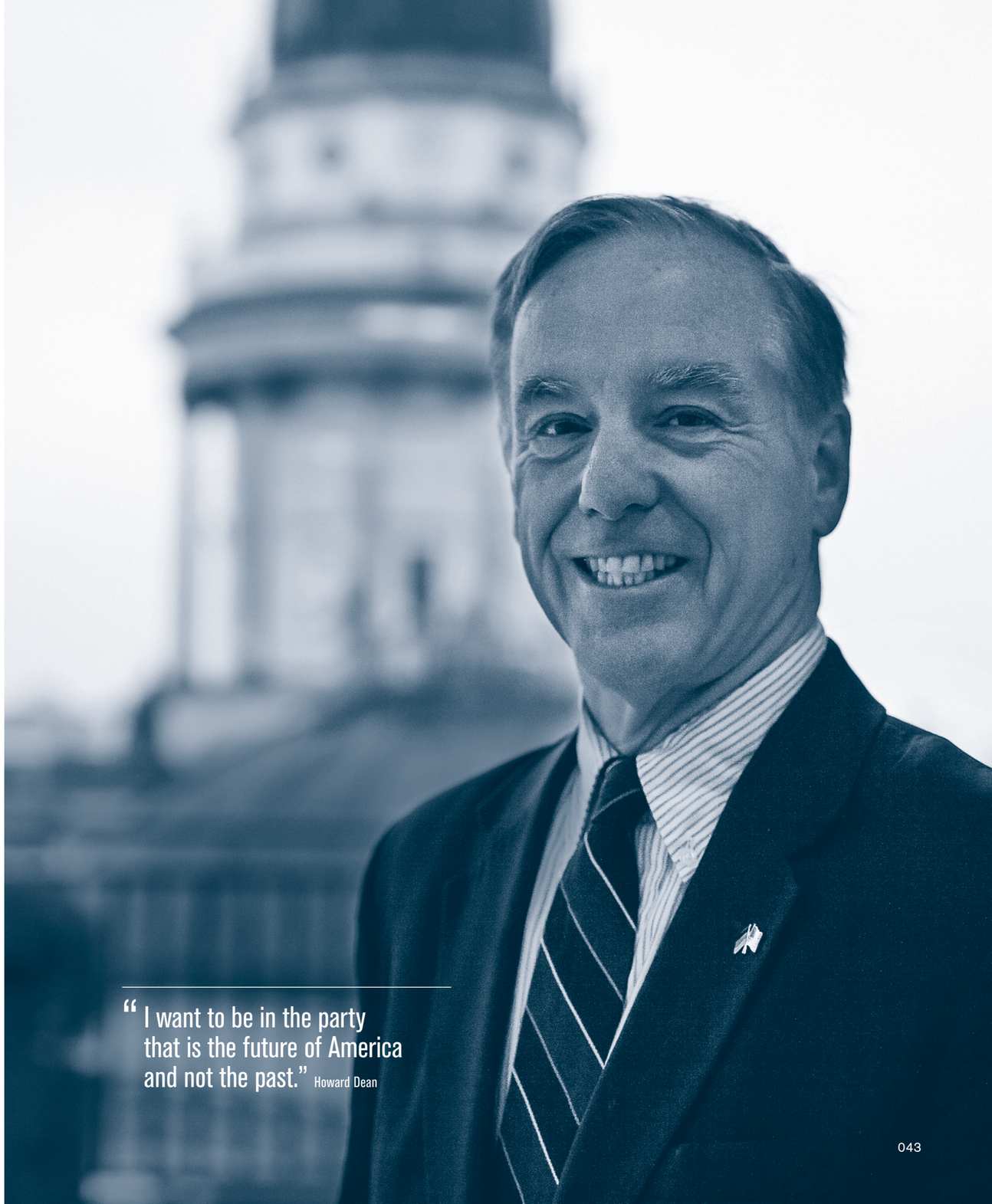
How would you describe the current state of American politics after ten months of President Trump?

It is important to realize that the United States is a very strong country – not just militarily but economically. We are very decentralized. So when you have a weak president, which Trump is, life goes on. The economy is doing fine. The Federal Reserve runs the economic policy in the United States, not the president or Congress. So, that doesn’t make such a difference unless the president does something really awful like get us into a war, which is not as likely as the European press is saying. It is very scary of course because if there were to be a war, it would be a nuclear war, but as you know, we’re a strong country. Underneath Trump’s bombast, life is going on for most Americans. The really bad part about Trump’s presidency is he has given permission for people essentially to be racist, anti-Semitic, and anti-immigrant. But, he is not a strong president because he is unfocused, and I think people are paying less attention to him.

Apart from the president justifying white supremacists, what do you think is at the bottom of this growing right wing extremism? Do you see any similarities between what is happening in the United States and in Europe?

What you see happening in America has actually happened before. Brexit was exactly the same thing. The Alternative for Germany (AfD) in parliament now is the same phenomenon. These are people who have been left behind by globalization for the most part. In Germany that is maybe not as true. There are some educated people in the AfD, although many of them are taking advantage of frustrations of working class people. I also think Europeans have done somewhat of a better job with their social safety net, but that’s marginal. Because we are not talking about people who are starving, we are talking

> “We are talking about people who feel like they are losing their place in society.”



> “I want to be in the party that is the future of America and not the past.” Howard Dean

about people who feel like they are losing their place in society. And they are. If you are an older white worker in America, you were used to having a certain position and if you're not skilled, you have most likely lost that position. The truth is that trade is good for the world, not bad for the world. Trade has created hundreds of millions of jobs. We have fewer people under the poverty line in the world percentage-wise than we have ever had before. In the old days, you could get a good union job making cars. Now, you can't do that anymore. If you cannot use the Internet and you're low skilled, you lose your job. Your children – if they are smart – have left your small town and have gone to the cities. And they are fast with the Internet. Working class families around the globe tend to have a more authoritarian set-up. That is disappearing. In the United States over the last 50 years, we have had a civil rights revolution where black people can vote, we have had a black president, and today two men can marry each other if they fall in love. You can imagine what this is like for somebody in a small town who is not terribly well educated. And that is what's going on all over in the West. I think that is what's really causing the upset. And then, of course, there are always unscrupulous politicians who are willing to take advantage of this by blaming some group. Nigel Farage did it by blaming immigrants. Trump did it by blaming immigrants and Muslims. The AfD has done it by blaming refugees. It is a convenient, shortsighted, and I think unpatriotic way to run a political party but it's an instinct as old as the human race.

> "Do we try to bring white working class people back in the party? Not if we have to give up on civil rights."

Your own party appears to be more introspective after the loss of the election. There was a piece by Senator Schumer in "The New York Times" a few months ago. It was entitled "A Better Deal For American Workers" and in it he said: "We failed to communicate our values to show that we were on the side of working people." Would you agree with this assessment and what does it mean for the party moving forward?

I think we have failed at communicating well, but I think most of the reaction is not a reaction against the Democratic Party; it's against the establishment. People ask: "So what's the message of the Democratic Party?" Well, there is never really a message by the party out of power, because the president has the power to control the message and all the media attention. In 2018 our message is "We are not Trump" as the message in 2010 was "We are not Obama" for the Republicans. And with this, there will be a backlash against Trump. I expect to win the House and I think we have a shot at the Senate. There is a debate within the party: Do we try to bring white working class people back in the party? And my answer to that is: not if we have to give up on civil rights. Our party is founded on the notion of civil rights and diversity. There were more transgender delegates to the Democratic Convention than there were African American delegates to the Republican Convention. They are old and they are white. That is not what America looks like. I want to be in the party that is the future of America and not the past. If we can bring white working class people back into our party by sticking to economic issues and fairness that's great. I am not sure we can though, because a lot of the message was about race and other very divisive issues simply aimed at separating us. And I don't think we can be a party of division and I won't be. And I don't think most Democrats want this either.

I do think though the Democratic Party has gotten a bit cozy with big money. That's what made Bernie Sanders strong and that's why it makes it harder for Democrats to convince working class people we are really fighting for them. To that extent, I think we can improve the party. I am very much for lowering the corporate tax rate, but I want to pay for it by getting rid of the oil depletion allowance and "carried interest" and all these things that are benefiting Wall Street, which really doesn't create wealth for most of the country. We should give tax breaks to people who are building new houses and putting new jobs in places like West Virginia and Kentucky. That would be something helpful for the working class. But remember, a lot of working class people are of color. So maybe we should stop talking about the "white working class" and start talking about everybody in the working class.

The president has been very critical of international alliances and it seems that a lot of Americans agree or at least don't see the importance in maintaining international bonds. How do you think the perception of the American public could be changed?

I don't think this is true. I think the majority of people in the United States are for trade. I think both parties have been very untruthful about what trade has done for the United States. It has created millions of jobs in the United States. I call young people the first global generation. And they are. American kids are not that different from European kids. They consider themselves citizens of the world as much as citizens of the United States. They all want to live in big cities, because this is where there are lots of different kinds of people. The under-35-generation in America believes diversity is good. They think immigrants are good. They believe gay rights are a civil rights issue of their time. Climate change is probably the most important political issue. So they are really nothing Trump stands for. I personally believe that the young people in our country are never going to vote Republican. They're not Democrats because they don't like institutions, but I also believe the future of our country lies in integrating more fully with the rest of the world.

> "The under-35-generation in America believes diversity is good."

Obama was the first president who embraced multilateralism. He really had to struggle especially with the Europeans because Europeans were used to a different kind of bond. They tended to say: "Let's call Washington and make sure we don't do something they disapprove of." That is gone now. So ironically, Trump's behavior has enforced Obama's larger vision of foreign policy. I saw Chancellor Merkel at the October 3rd celebrations and I said to her: "Thank you for being the leader of the free world and filling the leadership vacuum." Of course, she was too skillful to say: "Oh yes, thanks!" But she is. And I think this is going to give Europe an opportunity to come into its own. Europe has an enormous amount of work to do now, like becoming more transparent and fixing some of its policies and institutions. I think the EU is the future of the West. It is the most important governance experiment since my government was founded 250 years ago. The EU is seeking to essentially extinguish nationalism and religion as a source of war. I see the success of the EU as absolutely essential to the future of mankind. It is an enormous step forward in terms of how we look at each other as human beings. I am sure that the people who read this interview are going to be as committed to the EU as I am, but the question is now: Can we get everybody else committed?

> "I think the EU is the future of the West."

Interview: Katharina Draheim

“The ‘New South’ and Old Alliances”

Over the course of six days, the Atlantik-Brücke delegation traveled to the United States and met with a diverse group of politicians, CEOs, journalists, academics, and others in Charlotte, North Carolina and Washington, D.C.

Each year, the delegates visit Washington and one other American city to get beyond the beltway bubble. This year, the group traveled to Charlotte because of its strong trade ties to Germany, as well as to experience “the new South.” This term – originally coined to characterize the economy of the South after the Civil War and the end of slavery – has now come to refer to the successful economic growth in the American South, which is also being driven by innovative technologies.

Hope for the Transatlantic Relationship

“This president was elected to be disruptive,” was a sentiment echoed multiple times over the course of the group’s week in the U.S.; Donald Trump’s isolationist attitude has resulted in his deprioritization of the transatlantic relationship.

Despite this, the relationship remains a vital one on many levels. Congressman Robert Pittenger (R), the U.S. Representative for North Carolina’s 9th Congressional District, assured that “We love Germany. Don’t believe the media, they are not our friends.” Several high-ranking members of government noted that “nothing has actually changed. Connections are as strong as ever.” It was repeated that the “administration is still working itself out” and that partners should not be discouraged from interacting because the behind-the-scenes work remains the same as always.

Trade: Outside the Washington, D.C. Bubble

Frances Burwell, Distinguished Fellow at the Atlantic Council, warned that there is “a big push for protectionism combined with a lack of historical sense in the highest levels of the administration” weighing heavy on long-standing partnerships. The completion of TTIP, as the group heard often, was unlikely. “TTIP Light,” an edited version of the agreement, may be possible. But as Congressman Pittenger noted, “the president prefers independent trade agreements,” which would fundamentally alter the premise of TTIP.

oben
Die Delegation im Charlotte-Mecklenburg Police Department

unten
Friedrich Merz, Fiona Hill, Richard Hooker

In reaching out to politicians, civil society representatives, and innovators from across the country, one can find partners outside of the Washington bubble. This became obvious during the visit to Charlotte, where one notices the effect of German businesses in the region: Siemens Energy, Daimler Trucks North America, Groninger, Bosch Rexroth, Schaeffler Group USA Inc, and 200 others, including 59 U.S. headquarters. This makes Germany the most largely represented foreign country in the region.

According to John Silvia, the chief economist of Wells Fargo, 17 percent of the labor force of Charlotte is foreign born. He also noted that nationally, foreign-born workers have accounted for half the growth in the labor force over the past decade. Despite the unfavorable policies concerning foreign-born individuals living in the U.S., Silvia hopes that "business is resilient, even with the fluctuation in politics."

Preparing for Work in the Future Economy

In various meetings with the National Association of Manufacturers, Central Piedmont Community College and its vocational training program, and the software startup Tresata, the need for change in educating a future workforce – both in the U.S. and Germany – was very clear.

A highlight of the trip was a visit to Central Piedmont Community College (CPCC), which currently serves 70,000 students. CPCC offers a four-year program, with a job guaranteed upon completion, and which emulates Germany's vocational training system and is primarily used by German companies in Charlotte. IHK Karlsruhe offers certificates of completion to graduates, and there are student exchanges to Germany. Kevin Poet, Director of Operations at the Siemens Charlotte Energy Hub, noted that the company has begun a partnership with CPCC to develop a mechatronics apprenticeship program.

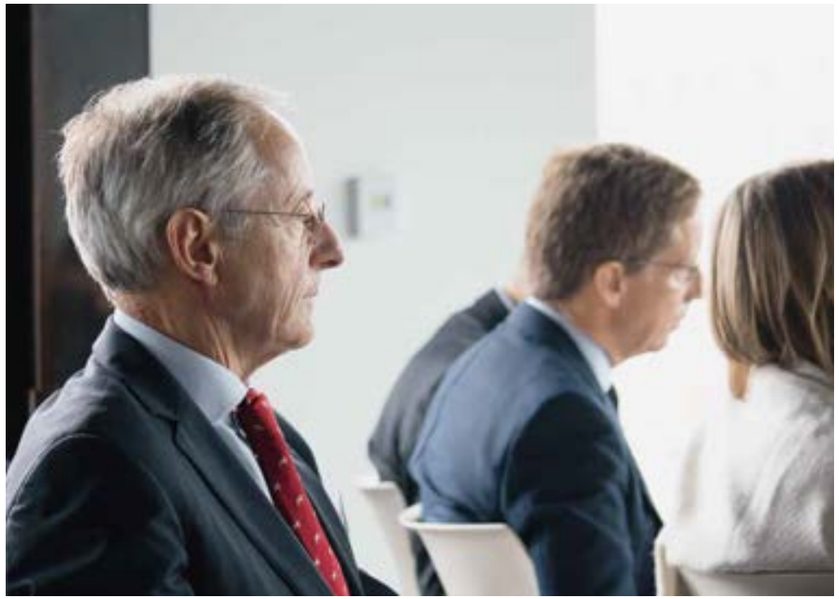
Going Forward

In a time of uncertainty, it is more important than ever to reach out to those outside of government bubbles in both countries and to create long-lasting relationships. This is especially the case when it comes to preparing future generations for a new economy. The presence of German companies, individuals, and organizations in the U.S. greatly benefits the regions they are in, and the same is true vice versa. There is a great need now for a strong commitment to the relationship between the two countries.

Atlantik-Brücke thanks Scott Denham, Davidson College and Klaus Becker for their support in organizing the North Carolina leg of the trip.

oben
Friedrich Merz,
Jennifer Roberts

unten
Richard Morris,
Lowell Bryan
und Tresata-Mitarbeiter



oben
Joachim von Falkenhausen

unten
John Cryan,
Wolfgang Schäuble,
Friedrich Merz

oben links
Astrid Hamker,
Dirk Nowak

oben rechts
Jan Boehm

mitte links
Mitarbeiter des
Central Piedmont
Community College
mit Karsten Uhlmann,
Michael Hüther

mitte rechts
Klaus Becker,
Ulrich Seibert

unten
Hendrik Otto,
Christian Ossig,
Klaus-Dieter Frankenberger,
Conrad Tribble,
Friedrich Merz,
Gabor Steingart,
Karl-Heinz Schlaiss,
Astrid Hamker

Interview mit Roger Cohen

“Nobody was ever persuaded by being made to feel stupid”

Was macht „die Medien“ aus? Welche politische Rolle spielen sie in den USA und in Europa derzeit? Mit Roger Cohen, „The New York Times“, Gerard Baker, „The Wall Street Journal“, und Julian Reichelt, BILD und BILD Digital, diskutierten Vertreter dreier zentraler Medien-institutionen im Axel Springer Journalisten-Club postfaktische Politik und politische Kultur

Am Rande der Veranstaltung sprachen wir mit Roger Cohen über die politische Zerrissenheit der amerikanischen Gesellschaft, das Misstrauen gegenüber den Medien, Leaks aus dem Weißen Haus und Präsident Trumps autokratische Tendenzen.

David Deißner: In one of your recent columns, you wrote that part of the political crisis we are facing is that people do not really know what it means to tell the truth. Could you elaborate on that?

Roger Cohen: There is a severe social fracture in the United States between supporters of President Donald Trump and his opponents. They agree on very little, not even on the definition of truth. I think when there is no agreement on what truth is, society is in trouble. How can you have a rational debate?

Would you agree that journalists of the so-called “quality media” have been part of an elite bubble and that they have failed to address the perspectives, the thinking, and the needs of ordinary people in the heartland of the U.S.?

I would agree to some measure. I did get tired of sitting in New York last year, listening to my brilliant friends coming up with hilarious put-downs of Donald Trump. By then he had won the nomination and thirty-and-a-half million Americans had voted for him. So I went out to Kentucky for a few days, coming back thinking he would win. For this I was ridiculed by some of my colleagues, but something was going on. I could just feel it. One problem in the coverage of the heartland is contempt. It is easy to let contempt creep in when you are covering the views of others. But nobody was ever persuaded of anything by being made to feel stupid.

We heard again and that Donald Trump’s role in the campaign was to be disruptive. Obviously this is still his role in the political scene in Washington. Some people now claim that disruptive role but is surrounded by rather rational people.

This is a man, who has very feral instincts and a good feel for a certain part of American popular culture. For a long time, he had one of the most successful shows on TV. That put him in touch with a lot of things. And moreover, it was a show that was built around Donald Trump saying: “You’re fired.” I think he understood something about people’s perverse attraction to forms of authority and he demonstrated that during the campaign. He is much more at home in an autocratic framework than he is in a democratic one.

In the U.S., the power of the president is limited by a system of “checks and balances.” Is this working?

Well, it is definitely not dead yet. This administration is very leaky. There are leaks the whole

oben
Roger Cohen

unten
Besucher der Veranstaltung im Axel Springer Journalistenclub

time. Why? Because various organs of government are going on about their business. Then there is this unidentified flying object above them, which is the Trump White House. How much that relates to what they are doing, how they should factor these outbursts into their activities, and whether these activities threaten what they are doing is an open question. In places like the Environmental Protection Agency, a radical change of course is being attempted, and also at the State Department. And it has given rise to the phrase "deep state," something that I never thought I would hear in the United States. America with a "deep state," really? There is no question that there is kind of sullen resistance by people who work for the government who are appalled by certain things.

> "The president is much more at home in an autocratic framework."

There is an ongoing discussion at the moment, not only in Germany, but all across Europe: What is the right course now to interact with the U.S.?

Well, the United States remain an extremely important country and ally for European states. I would say the challenge posed by President Trump to Germany is particularly acute, in a sense that the Bundesrepublik is America's child. It was raised under America's tutelage with American ideals of freedom, democracy, and the rule of law. If the beacon is gone, where exactly will Germany place itself? Europe would be well advised to energetically pursue some of what Emmanuel Macron is talking about right now: reviving the Franco-German partnership, exhibiting more self-sufficiency, and not looking to the United States too much for answers. I do not think that Trump's administration is interested in Ukraine, in relations with Russia, and in the outcome in Syria. Europe needs to galvanize itself. This is the moment where many people have realized: "Gosh, this is a union of half a billion people with an open market with open borders, and that is quite an achievement. We do not want to throw that baby out with the bathwater.

Even without Donald Trump as president of the United States, we would still face polarization, discontent, the feeling of being left behind by the political elites. What could be a vision, a uniting narrative for a nation as polarized as the United States? We see similar developments in Europe as well.

I think it is very difficult. Because of the ongoing media polarization, people are just absorbing different facts and information. They are increasingly cemented in views that appear irreconcilable. I think part of the anger has emerged from things that we actually can address. One issue has clearly been rising inequality. Another is perceived impunity of the elites, whether it is the Eurozone crisis or the 2008 meltdown, where millions of Americans lost their homes. It seems like the powerful, the bankers, the financiers, and the elites just walk away. Joe Blow has to pay up through his taxes. Those are issues democratic societies can address. This is, however, not going to solve the problem overnight. I do think that people have kind of shrunk down into their smartphones. We are very isolated from each other. Technology connects and isolates at the same time. I have been thinking about gratitude to your country for what it has given you, which seems to be a lost feeling. It is not like America has not given hundreds of millions of Americans some remarkable opportunities. The same applies in Europe. That is something that people share across political lines.

Interview: David Deißner

oben
Julian Reichelt,
Andrea Römmele,
Gerard Baker,
Roger Cohen

mitte links
Yorck Kaempfer,
Sina Frank

mitte rechts
Julian Reichelt

unten links
Gerard Baker

WIESN-AUFTAKT

Zum Beginn des Oktoberfestes kamen Mitglieder und Young Leaders-Alumni am 16. September 2017 in München zusammen. Eingeladen hatte Mitglied und Young Leader-Alumnus Jochen Körner, Generalbevollmächtigter der Ecclesia Holding GmbH.

ABSCHIED FÜR GENERAL HODGES

Am 29. November 2017 verabschiedete die Atlantik-Brücke in Berlin Lieutenant General Frederick „Ben“ Hodges, Commanding General, U.S. Army Europe, in den Ruhestand.

„WE CAN WORK IT OUT – OR CAN WE?“

Professor Dr. Andreas Dombret, Schatzmeister der Atlantik-Brücke, sprach am 8. November 2017 über die Herausforderungen in den Brexit-Gesprächen.

LUNCH MIT JAY CARNEY

Der ehemalige Pressesprecher von Präsident Barack Obama und jetzige Senior Vice President Global Corporate Affairs bei Amazon sprach in Berlin am 31. Januar 2018 über Digitalisierung und Datenschutz.

ROUNDTABLE MIT MARC ALLEN

Die Zukunft der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen war Thema bei einem exklusiven Roundtable mit Marc Allen, Präsident von Boeing International, am 28. November 2017 in Berlin.

„SPEAKING UP OR SPEAKING ART?“

Dr. Clemens Trautmann, Präsident der Deutschen Grammophon, Igor Levit, Pianist und Leiter der Kammermusik Akademie, Heidelberger Frühling, sowie Thomas Hampson, Opernsänger und Leiter der Lied Akademie, Heidelberger Frühling, diskutierten am 8. März 2018 in Berlin über die politische Dimension der Kunst. Anschließend spielte Levit einen Auszug aus Beethovens Eroica-Variationen. Moderiert wurde von Dr. Sarah Tacke, ZDF.

WAHLNACHLESE

Die Ergebnisse der Bundestagswahl diskutierten Young Leaders-Alumni mit Dr. h. c. Edelgard Bulmahn, der stellvertretenden Vorsitzenden der Atlantik-Brücke, am 25. September 2017 in Berlin.

„THE TRANSATLANTIC ALLIANCE POST BREXIT“

Sir Malcolm Rifkind, ehemaliger Verteidigungs- und Außenminister des UK, sprach am 27. Februar 2018 in Berlin unter anderem über die Zukunft der EU.

„Ohne Vertrauen ist sehr wenig zu erreichen“

Wie besorgniserregend sind die abgekühlten Beziehungen zwischen Russland und den USA, und wie kann der Dialog wieder belebt werden? Darüber diskutierte ein Panel von Russland-Experten

Erleben wir derzeit eine politische Wende? Ziehen sich die USA von der Bühne der Weltpolitik zurück, während Russland die Gelegenheit nutzt, seinen internationalen Einfluss auszuweiten? Diese Fragen bildeten die Grundlage für eine Podiumsdiskussion zwischen Andrew S. Weiss, Vice President for Studies, Russia and Eurasia Program, Carnegie Endowment for International Peace, Dr. Andrey Kortunov, General Director, Russian Internatonal Affairs Council, und Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Katja Gloger, Autorin des „Stern“, moderierte den Abend.

Andrew S. Weiss betonte das Misstrauen zwischen Russland und den USA. Insbesondere kritisierte er die mangelnde Kommunikation. Russische Entscheidungsträger seien für US-Beamte nicht erreichbar. Wolfgang Ischinger unterstrich: „Ohne Vertrauen ist sehr wenig zu erreichen.“ Obwohl er die aktuelle Lage für nicht mit dem Kalten Krieg vergleichbar hielt, schloss er das Risiko einer Eskalation nicht aus.

Andrey Kortunov mahnte: „Es reicht nicht aus, das zu erhalten, was wir haben.“ Vor dem Hintergrund einer sich verändernden internationalen Machtstruktur müssten die Beziehungen aktiv verbessert werden. Er warnte vor einem neuen atomaren Wettrüsten.

Doch die Panelisten hatten auch Hoffnung: „Internationale Diplomatie ist keine Mathematik“, so Botschafter Ischinger, „nichts ist unmöglich.“ Andrew S. Weiss sah in den strategischen Stabilitätsgesprächen, die im Oktober letzten Jahres begannen, eine Chance, den Dialog wieder aufzunehmen.

Die Podiumsdiskussion über die Beziehungen zwischen den USA und Russland fand in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien (GS OSES) an der Ludwig-Maximilians-Universität München statt.

oben
Andrey Kortunov, Wolfgang Ischinger, Katja Gloger

unten
Die Veranstaltungsteilnehmer in der Ludwig-Maximilians-Universität

Interview mit Dr. Richard D. Hooker jr.

“America first does not mean America alone”

Das Engagement der USA in der NATO sei unumstößlich und basiere auf einer fairen Lastenteilung, sagt Richard D. Hooker jr. Der Special Assistant von Präsident Donald Trump und Senior Director for European and Russian Affairs im Nationalen Sicherheitsrat skizziert die US-Strategie für die Allianz. Im Gespräch mit der Atlantik-Brücke betont er, wie wichtig es sei, Frieden im gesamten Gebiet des Nordatlantikvertrages aufrechtzuerhalten

President Trump’s “America first” strategy seems to create American protectionism in a broad range of policy fields. To what degree does this affect NATO’s strength and the liberal world order?

“America first” does not mean “America alone”, nor does it equate to protectionism, but to fair trade practices that do not disadvantage American workers and to a foreign and security policy centered on American interests. This administration believes in NATO, and is committed to retaining, defending, and strengthening NATO as the bedrock of our own national security and of Europe’s.

How steadfast is the U.S. commitment to Article 5?

In President Trump’s words, our commitment is ironclad, based on the principle of reciprocity and fair burden sharing.

Russia is trying to expend its spheres of influence. Especially the Baltics and Poland feel threatened. How reliable is NATO’s security guarantee for these countries?

Our commitment to Article 5 is ironclad. The large sums being spent on the European Deterrence Initiative are indicative of this commitment, as are U.S. participation in EFP (Enhanced Forward Presence), increasing amounts of prepositioned equipment, and the U.S. rotational armored brigade combat team in Poland.

The crisis in Ukraine is still not solved. Would the revitalization of the NATO-Russia Council (NRC) help to improve both this situation and the American-Russian relationship?

Our policy is “no business as usual” until Russia changes its behavior in Ukraine. While we support open channels of dialog with Russia, and are always open to substantive discussions, we do not support a resumption of regular, recurring meetings of the NRC that are not productive or meaningful. We remain opposed to normalizing relations with Russia until Russia demonstrates compliance with international law and its international obligations and responsibilities.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years’ time?

An enduring alliance, the most successful in history, and one that has weathered many storms and challenges in its existence. We are confident that a decade from now, NATO will still be performing its key role as the principal provider for transatlantic security.

Interview: Robin Fehrenbach

“ This administration believes in NATO, and is committed to retaining, defending, and strengthening NATO.” Richard D. Hooker jr.

Fireside Chat

„Vielfalt als Prinzip“

Tech-Unternehmen wie Pinterest streben eine diversere Belegschaft an. Candice Morgan, Head of Inclusion and Diversity der Social Media Plattform, erläuterte die Gründe für diese Strategie

„Mit deiner Biografie wirst du es nicht an diese Schule schaffen.“ Dieser Satz einer Lehrerin der Stuyvesant High School in Lower Manhattan motivierte die junge Candice Morgan, nun erst recht an ihrer Wunschschule angenommen zu werden. Die Zugangsbarrieren zu Bildung waren in den 1990er Jahren für schwarze Kinder aus der New Yorker Bronx hoch. Es überrascht daher nicht, dass Morgan als erfolgreiche Geschäftsfrau seit 2014 in einem für die amerikanische Wirtschaftswelt wertvollen Prozess involviert ist: In jenem Jahr begannen US-Unternehmen der Tech-Branche, Daten über die Zusammensetzung ihrer Belegschaften zu veröffentlichen. Damit setzten sie eine Entwicklung in Gang, die die Bedeutung einer Diversität von Arbeitnehmern für eine Reihe von Wirtschaftssektoren ins gesellschaftliche Bewusstsein rückt. Pinterest gehört zu diesen an Vielfalt interessierten Unternehmen. Morgan diskutierte mit Mitgliedern und Young Leadern der Atlantik-Brücke beim Berliner Start-up Clue über diesen Trend.

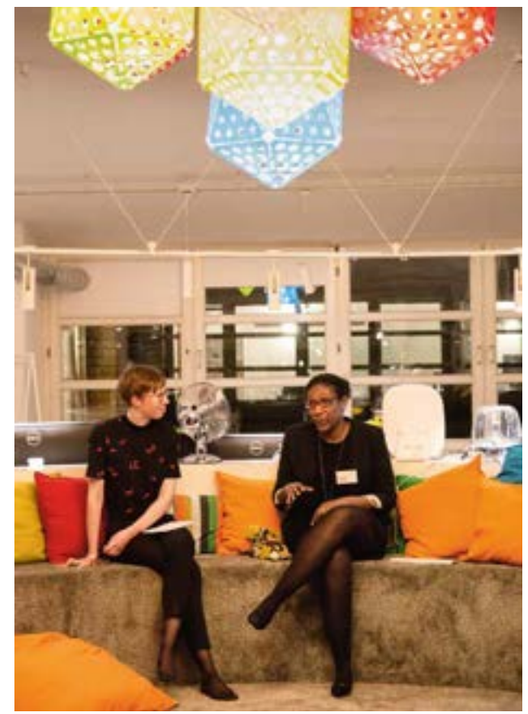
Unternehmen mit Frauen an der Spitze weisen Morgan zufolge eine um 15 Prozent bessere Leistung bezogen auf wirtschaftliche Kennzahlen auf als Firmen ohne weibliche Führungskräfte. Unternehmen mit einer ethnisch diversen Führungsetage erzielen gar eine um 35 Prozent bessere Leistung als vergleichbare Betriebe ohne diese Charakteristik. „In vielfältigen Belegschaften strengt sich jeder Mitarbeiter mehr an, anders zu denken und zu handeln als in homogeneren Teams“, erklärte Morgan.

oben
Candice Morgan

mitte links
David Deißner,
Gaurav Singh

mitte rechts
Viktoria Harbecke,
Candice Morgan

unten links
Anne-Marie Großmann



„Trump als Dealbreaker?“

Ein Auseinanderdriften der transatlantischen Partner gegenüber dem Iran könnte schwerwiegende Folgen auch für andere internationale Konstellationen haben, warnten Burkhard Schwenker und Cornelius Adebahr bei einer Roundtable Discussion

Schon im Wahlkampf hatte der Präsidentschaftskandidat Donald Trump das 2015 mit dem Iran geschlossene Atomabkommen als „worst deal ever“ bezeichnet. Bundeskanzlerin Angela Merkel hingegen nannte es einen Höhepunkt von zwölf Jahren Diplomatie.

Professor Dr. Burkhard Schwenker, stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke sowie Leiter des Workstreams Außen- und Sicherheitspolitik, und der Iranexperte Dr. Cornelius Adebahr, Associate Fellow, Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, diskutierten diese divergierende Haltung sowie die aktuelle Lage und Auswirkungen einer damals noch nicht beschlossenen, aber möglich erscheinenden Aufkündigung des Abkommens durch die USA.

Burkhard Schwenker betonte die große Bedeutung gemeinsamen transatlantischen Handelns. Außerdem plädierte er für eine starke Vernetzung von Außen- und Sicherheitspolitik mit Wirtschaftspolitik. Er schilderte, dass nach dem Ende der Sanktionen ein Großteil der geplanten Investitionsprojekte in der Anfangsphase stecken geblieben seien. Die Gründe dafür seien unter anderem in der iranischen Bürokratie und Zensur zu suchen.

Cornelius Adebahr betonte, dass die Iranpolitik in den USA eine innenpolitische Komponente habe – viele Amerikaner betrachten das Abkommen skeptisch. Er hob hervor, dass es in Europa eine bemerkenswerte Einigkeit bezüglich der Politik gegenüber dem Iran gäbe. Auch er warnte vor dem Auseinanderdriften der transatlantischen Verbündeten. Dies könne langfristig negative Konsequenzen bezüglich der globalen Konkurrenz zu China und Russland haben.

oben
Oliver Wieck,
Burkhard Schwenker,
Cornelius Adebahr

unten
Simon Vaut,
Friedbert Pflüger

Digital Westphalia – Old Borders and New Rules

Die moderne Datenpolitik stand im Mittelpunkt des Panels: Was dürfen Unternehmen und Staaten, und auf wie viel Datenschutz können sich Verbraucher im digitalen Zeitalter verlassen?

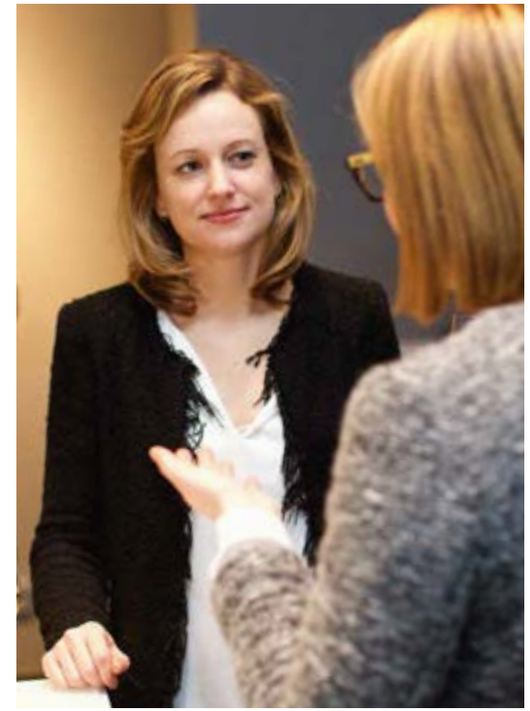
Für den Westfälischen Frieden von 1648 mussten die Kriegsparteien unbekanntes diplomatisches Terrain betreten, um neue Regeln zur staatlichen Souveränität zu verhandeln. Heute fordert das digitale Zeitalter ein neues Regelwerk. Der digitale Datenaustausch kennt keine territorialen Grenzen, aber die ihn leitenden Regeln müssen internationales Recht ebenso wie nationalstaatliche Souveränität berücksichtigen.

Insbesondere im Bereich der grenzüberschreitenden Strafverfolgung wird der Handlungsbedarf wie aktuell beim sogenannten Search Warrant Case deutlich: Im Juni 2018 wird ein Urteil über den seit 2013 anhaltenden Rechtsstreit zwischen Microsoft und der US-Regierung über die Herausgabe von ermittlungsrelevanten E-Mails erwartet, die sich auf einem Server in Irland befinden. Hier entscheidet sich exemplarisch, ob den US-Behörden Zugriffsrechte auf im Ausland befindliche Server amerikanischer Unternehmen zugestanden werden. Dies hätte international weitreichende Konsequenzen, für Staaten, Unternehmen und Verbraucher.

Vor diesem Hintergrund diskutierten Peter A. Winn, amtierender Chief Privacy and Civil Liberties Officer des US-Justizministeriums, der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar und John Frank, Vice President EU Government Affairs bei Microsoft, über Anforderungen einer modernen Datenpolitik.

Diskutiert wurden die Gemeinsamkeiten, die es zwischen den USA und Europa beim Schutz der Privatsphäre gibt, die Abwägung von Verbraucherschutz und Strafverfolgung sowie die Unternehmensrolle. Das Panel war sich darüber einig, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Ein Anfang für die weitere transatlantische Zusammenarbeit bei diesem Thema könne, bei aller berechtigten Kritik, eine Vereinbarung wie das EU-US-Privacy Shield sein.

Der Transatlantische Dialog wird in Kooperation mit Microsoft Deutschland durchgeführt.



oben links
Peter Winn,
John Frank,
Peter Schaar

oben rechts
Michelle Lynch

mitte links
David Deißner,
Michael Fabich

unten
Peter Winn,
John Frank,
Peter Schaar,
Ana Ramic

Bewegte politische Zeiten

Die Young Leaders-Alumni diskutierten grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbrüche

Was lässt euch keine Ruhe? Diese Frage war der gemeinsame Ausgangspunkt der Diskussionen und Vorträge bei der diesjährigen Young Leaders Alumni New Year's Reunion auf der Hirschburg bei Bonn. Es ging sowohl um politische Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Erstarken populistischer Bewegungen, um wichtige persönliche Begegnungen als auch um neue wirtschaftliche Herausforderungen.

Professor Dr. Ludger Kühnhardt (Young Leader 1985), Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Alexander Graf Lambsdorff (Young Leader 1997), MdB (FDP), und Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, diskutierten auf dem Panel über westliche Werte und die Zukunft der freiheitlichen Weltordnung.

Roland Werner (Young Leader 2001), Head of Government Affairs & Policy, DACH, Uber Germany GmbH, sprach über die Herausforderungen, auf die Uber als Mobilitätstechnologie-Unternehmen auf dem europäischen Markt trifft.

Esra Küçük, damalige Leiterin des Gorki Forums (Young Leader 2016), schilderte anschließend, wie sie im Rahmen ihrer Arbeit am Maxim Gorki Theater mit Angriffen auf die Demokratie und Meinungsfreiheit konfrontiert wird. Takis Würger (Young Leader 2015), Reporter beim „Spiegel" und Autor, erzählte die bewegende Geschichte eines Holocaustüberlebenden, der nach dem Zweiten Weltkrieg nach Palästina auswanderte.

Die Gespräche der rund 100 Alumni dauerten bis spät in die Nacht.

oben
Wolfgang Baare-Schmidt,
Friedrich Merz

mitte links
Kimana Zulueta-Fülscher,
Moritz Zumpfort

mitte rechts
Ann-Kristin Otto

unten rechts
Jula Döbner,
Sebastian Funke,
David Deißner

Die Hirschburg

oben links
Finn Haensel

oben rechts
Steven Hill,
Jackson Janes

mitte links
Friedrich Merz,
Alexander Graf Lambsdorff

mitte rechts
Matthias Koeplin,
Dominik Pförringer

unten
Maria José Granero Paris

„Derzeit liegen die Risiken eher in der Geopolitik“

Anlässlich des Ausbruchs der Finanzkrise vor zehn Jahren diskutierten Felix Hufeld, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), und Dr. Theodor Weimer, Deutsche Börse AG, mit dem Vorsitzenden der Atlantik-Brücke, Friedrich Merz, über Lehren aus der Vergangenheit und das Risiko einer neuen Krise. Am Rande der Veranstaltung gab uns Felix Hufeld ein Interview zum Thema

Herr Hufeld, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2007 als eine Krise des amerikanischen Immobilienmarktes begann und 2008 ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers erreichte, jährt sich nun zum zehnten Mal. Große Finanzdienstleister mussten damals durch staatliches Fremdkapital gesichert werden. Viele haben gesagt, die Risiken der Privatwirtschaft wurden zu Schulden der Allgemeinheit. Haben Politik und Finanzwirtschaft aus dieser Krise wirklich gelernt?

Wir haben nicht nur etwas gelernt, in vielfacher Hinsicht wurden darüber hinaus sehr weitreichende Konsequenzen gezogen, die in der Finanzregulierung ihren Niederschlag gefunden haben.

Was ist heute anders?

Wir haben die Resilienz der Finanzwirtschaft deutlich verbessert, weil wir sowohl die Menge als auch die Qualität des erforderlichen Eigenkapitals in den Bankbilanzen sehr deutlich gestärkt haben. Wir haben deutlich verschärfte Anforderungen im Bereich des Risikomanagements, der Governance-Strukturen. Und wir sind das berühmte „Too big to fail“-Problem angegangen: Heute haben wir einen regulatorischen Rahmen für die Abwicklung von Banken, der uns damals noch gefehlt hat.

Das sind viele neue Vorschriften, die Sie aufführen. Ist die eigentliche Lehre aus der Krise, dass die Deregulierung zu weit gegangen ist?

In der gesamten Palette regulatorischer Anforderungen bewegen wir uns heute auf einem völlig anderen Niveau als zur damaligen Zeit, die zugegebenermaßen eine Phase des Laisser-faire und der Deregulierung war. Diese Lektion sollten wir nie vergessen: dass eine zu optimistische Deregulierungsfantasie letztlich die Gefahr von großen, auch globalen Krisen deutlich erhöht. Eine weitere Lehre aus der Krise: Wir haben, wie gesagt, bereits ein Abwicklungsregime entwickelt. Dazu gehört auch, dass die Banken Kapital für den Eventualfall einer Abwicklung vorhalten müssen. Damit soll sichergestellt werden, dass eine Bank im Falle eines Falles tatsächlich geordnet abgewickelt werden kann und das ohne Steuergeld. Eines muss aber auch deutlich gesagt werden: Eine vollkommene Sicherheit kann es nie geben. Und es muss in marktwirtschaftlichen Systemen möglich sein, dass Marktteilnehmer abtreten, auch in der Finanzwirtschaft. Aber wenn sie es tun, soll dies in einem geordneten Verfahren geschehen – und, wie bereits gesagt, ohne Steuergeld.

Sie haben in der Vergangenheit auch auf die internen Governance-Strukturen innerhalb der Finanzwirtschaft rekurriert: Hier geht es nicht nur um Führungsverantwortung, sondern vor allem um Anreize oder Fehlanreize in der Vergütungsstruktur. Sehen Sie zehn Jahre nach der Krise einen wirklichen Kulturwandel in den Institutionen?

Es geht hier ja nicht nur um einen Kulturwandel, sondern um ganz harte Fakten. Das Thema Vergütung haben wir regulatorisch adressiert. Die zwei Hauptparameter sind, erstens, die absolute Höhe von Vergütungen, die zum Teil ins Exzessive abgedriftet sind, und, zweitens, der Konflikt zwischen kurz- und langfristigem Interesse.

Das heißt konkret?

Dass Sie nicht kurzfristig „auscashen“ und mittel- bis langfristig den Scherbenhaufen Ihren Nachfolgern überlassen können. Beide Themen haben wir durch deutlich verschärfte regulatorische Anforderungen in den Griff bekommen. Es gibt nun Begrenzungen. Und es bestehen heute Möglichkeiten, im äußersten Fall sogar ausgezahlte Boni zurückzufordern, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind.

> „Es geht hier ja nicht nur um einen Kulturwandel, sondern um ganz harte Fakten.“

Also neue Regeln statt Kulturwandel?

Beim Thema Kulturwandel muss man ein bisschen aufpassen. Ich glaube, bei vielen – wahrscheinlich den meisten Menschen, die in Banken arbeiten – bedarf es eines solchen Kulturwandels gar nicht. Es gab Löcher in der Regulierung, es gab Fehleinschätzungen im Bankmanagement, es gab eine gewisse Laxheit – und es gab zweifellos individuelles Fehlverhalten und -anreize. Aber mit der Annahme, dass sich Tausende und Abertausende von Menschen, die in Banken arbeiten, einem umfassenden Kulturwandel unterziehen müssten, damit endlich solides Bankgeschäft betrieben werden kann, tut man einem Großteil der Beschäftigten Unrecht. Es gibt allerdings auch Menschen in der Finanzbranche, wie in allen Branchen, die man vorübergehend oder dauerhaft auf die Strafbank setzen muss – mit oder ohne Kulturwandel. Man muss jedenfalls differenziert an die Sache herangehen.

Wagen wir den Blick in die Zukunft: Abgesehen von den jüngsten Kursschwankungen hat es doch den Anschein, als ginge es mit den Märkten seit Monaten im Großen und Ganzen stetig aufwärts. Die Wirtschaft entwickelt sich in verschiedenen Weltregionen gleichzeitig positiv, der Arbeitsmarkt schreibt, zumindest hierzulande, Rekordzahlen. Sehen Sie irgendwelche Anzeichen für eine neue Krise?

Es gibt keine Anzeichen im Sinne einer konkreten Gefährdung, aber es gibt immer potenzielle Gefährdungen, um die wir uns als Regulierer und Aufseher zu kümmern haben. Finanzstabilität ist ein empfindliches Gut und vor allem ein öffentliches Gut, das der Fürsorge sehr wohl auch staatlicher Stellen bedarf. Das Unschöne an solchen Krisen ist ja, dass sie uns selten den Gefallen tun, genau an derselben Stelle wieder aufzutreten wie beim letzten Mal. Und sie treten auch nicht so auf, wie wir uns das vielleicht planerisch vorgestellt haben, sondern kommen aus unerwarteten Ecken.

Welche Gefahrenherde sehen Sie denn aktuell?

Derzeit liegen die Risiken wohl eher in der Geopolitik, in einer weltweit nach wie vor steigenden Verschuldung, in einer gegebenenfalls trügerischen, sehr geringen Volatilität und in schwer zu greifenden Schattenbankensektoren in einigen Teilen der Welt. Hinzu kommen natürlich das andauernde Niedrigzinsumfeld und – je länger das andauert – steigende Zinsänderungsrisiken. Dies trägt in Verbindung mit hohen Volumina anlagesuchenden Kapitals wiederum das Risiko in sich, zu Vermögenspreisblasen zu führen, was in einzelnen Bereichen bereits zu beobachten ist. Hinzu kommt die Gefahr, Risiken nicht angemessen zu bepreisen. Diese Aufzählung ist zweifellos nicht abschließend, aber sie beschreibt die große Bandbreite

der Gefahrenherde. Was ebenfalls zunehmend in den Vordergrund rückt, ist das Bewusstsein für Cyberrisiken unterschiedlichster Art und damit die Notwendigkeit, entsprechend die IT-Sicherheit zu erhöhen.

Donald Trump hat kürzlich angekündigt, er wolle das Gesetz zur Regulierung, das 2010 beschlossen wurde, den Dodd-Frank Act, lockern und den Zugang zu Krediten wieder erleichtern. Welches Zeichen geht Ihrer Meinung nach davon aus, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten die Bemessungskriterien der Kreditwürdigkeit für Endkunden wieder lockern möchte? Lag nicht gerade hier die zentrale Ursache für den damaligen Immobilienkollaps?

Das ist eine sehr interessante Frage. In der Tat kann man die aktuellen Signale in zwei unterschiedliche Richtungen interpretieren: Der einen könnte ich mich anschließen, der anderen ganz sicher nicht. Die eine Interpretation besagt, dass eine Finanzregulierung, insbesondere nach einer Phase wie in den vergangenen zehn Jahren, also einer der Verschärfung, zweifellos überprüft werden darf und muss – vor allem mit Blick auf bürokratischen Ballast oder unbeabsichtigte Konsequenzen. Wenn damit allerdings – und das wäre die zweite denkbare Interpretation – der Startschuss für eine generelle Deregulierungswelle gemeint ist, dann muss ich mich mit aller Entschiedenheit dagegenstellen. Damit legte man den Keim einer neuen Deregulierungsphase. Die Lektionen der vergangenen Finanzkrise sollten wir so schnell nicht vergessen.

> „Die Lektionen der vergangenen Finanzkrise sollten wir so schnell nicht vergessen.“

Es gibt ja nicht nur Themen, die die Europäer mit Sorge erfüllen, wie etwa die Umgestaltung des Dodd-Frank Acts, sondern auch ganz handfeste Konfliktfelder im transatlantischen Verhältnis. Das war bis vor Kurzem die Frage der Mindeststandards zur Eigenkapitalunterlegung für global tätige Banken – Stichwort Basel III, in der Endphase auch Basel IV genannt.

Diese Debatte haben wir glücklicherweise Ende 2017 zu einem guten Abschluss gebracht. Die sehr heftige Debatte, die sich über das Jahr 2017 erstreckt hat, haben wir mit einem tragbaren Kompromiss abgeschlossen. Wir haben tatsächlich einen neuen globalen Basel-III-Standard im Konsens mit den amerikanischen Freunden hinbekommen. Da haben beide Seiten – genau genommen, alle Seiten – Kompromisse eingehen müssen, die sie auf ihrem Wunschzettel so vielleicht nicht stehen hatten. Es liegt in der Natur internationaler Kompromisse, nicht nur in der Finanzindustrie, dass von allen Seiten Zugeständnisse gemacht werden müssen. Der große Vorteil besteht darin, dass die Finanzindustrie jetzt endlich die zu Recht erwartete Sicherheit und Berechenbarkeit hat. Eine Sicherheit, die es in den Jahren zuvor nicht gegeben hat. Jetzt können die Institute endlich eine vernünftige Kapitalplanung für die kommenden Jahre machen, zumal die neuen Basel-III-Standards erst stufenweise im Verlauf der nächsten neun Jahre einzuführen sind. Das heftige Ringen und Streiten hat sich gelohnt, auch wenn wir ein Jahr länger gebraucht haben als ursprünglich geplant. Auf dieser soliden Basis können wir weitermachen.

Herr Hufeld, wir danken Ihnen sehr für dieses Gespräch.

Interview: David Deißner

Felix Hufeld ist Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

oben
Friedrich Merz,
Felix Hufeld,
Theodor Weimer

mitte links
In der Deutschen Börse

mitte rechts
Jürgen Fitschen,
Hermann Dambach

unten links
Michael Fabich,
Theodor Weimer,
Friedrich Merz,
Felix Hufeld

unten rechts
Niels Tomm,
Burkhard Balz

Deutsch-Kanadische Konferenz

„Wir glauben an Multilateralismus“

Wie Deutschland und Kanada ihre Zusammenarbeit konkret stärken können, zeigte sich bei den Konferenzthemen Freihandel, Immigration, technologische Innovation sowie Außen- und Sicherheitspolitik

“Germany and Canada need to strengthen their relationship, but at the same time, we need to speak with our U.S. friends. Unilateralism is a mistake.” So ordnete der kanadische Botschafter Dr. Stéphane Dion auf der Deutsch-Kanadischen Konferenz der Atlantik-Brücke in München die Beziehungen der beiden Länder angesichts der abgekühlten Beziehungen zu den USA ein. Wie die Bindungen Deutschlands und Europas zu Kanada verstärkt werden können, wurde anhand aktueller Themen wie dem Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA, Immigration, technologische Innovation und Forschung sowie Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert.

Besonders konkret ist die Zusammenarbeit in Sachen Freihandel. Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA, das im vergangenen September vorläufig in Kraft trat und nun durch die nationalen EU-Parlamente ratifiziert werden muss, schafft unter anderem Zollabgaben im zwischenstaatlichen Handel ab, macht die öffentliche Auftragsvergabe für die jeweils andere Seite leichter zugänglich und bietet Investoren des Partners verlässliche Bedingungen. Dr. Ailish Campbell, Chief Trade Commissioner of Canada, sagte mit Blick auf die Proteste rund um das Abkommen: “People are giving us real concerns, and I think it is important to listen, respond, and, as needed, adapt.” Sie betonte auch, dass sowohl Kanada als auch die Europäische Union großen Wert auf das Recht von Staaten legten, für Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und kulturelle Belange regulierend tätig zu werden und dies auch im Abkommen reflektiert sei.

Auch der kanadische Minister für internationalen Handel, François-Philippe Champagne, hob in seiner Rede das Abkommen besonders hervor:

> *“Canada’s strong ties with Germany go back a long way. Canadians and Germans value democracy and the rule of law. We support and embrace open borders and open societies. We understand the importance of international cooperation and partnership. And we share a progressive vision of the world, realizing the immense*

oben
Michael Hüther,
Janice Charette,
Ailish Campbell,
Marcus Breitschwerdt

unten
Im Bayerischen
Staatsministerium für
Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie

potential that comes when we recognize that diversity is strength. And that diversity and openness is a competitive advantage too. That brings me to our shared perspective on trade and to the Comprehensive Economic and Trade Agreement, or CETA […] We need to think about trade and investment as ways to improve people's lives, rather than simply mechanisms to help improve a company's bottom line. Trade and investment are first and foremost about people. And people are our greatest assets. Our diversity is an economic strength because of them. Our attractiveness to the world's best talent is because they see themselves building a life here. That is the fundamental premise of Canada's progressive trade agenda: openness, diversity, and empowerment leads to more people engaged in trade and more job creation at home. Progressive trade isn't just the right thing to do, it just makes economic sense."

Immigration war ein weiteres großes Thema. David Manicom, Assistant Deputy Minister of Immigration, Refugees and Citizenship, betonte die Bedeutung von Integration für eine nachhaltige und von breiten Bevölkerungsteilen getragene Einwanderungspolitik: "If citizens see that migrants contribute to the overall prosperity of their societies, that gives us a lot more public policy space to do programs that also help the most vulnerable." Jan Pörksen, Staatsrat bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration in Hamburg, berichtete von den Herausforderungen, die die Stadt Hamburg im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise bewältigen musste, und von Erfolgen bei der Integration.

Eine direkte Kooperation förderte die Konferenz auch im Bereich Forschung und Entwicklung: Während der Konferenz unterzeichnete der kanadische National Research Council (NRC) mit der Bayerischen Forschungsallianz (BayFOR) und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) umfassende Forschungsabkommen.

Weitere Diskussionen fanden zu Außen- und Sicherheitspolitik sowie zu den Austauschmöglichkeiten im Rahmen von Innovation und Digitalisierung statt.

Die deutsche Botschafterin in Kanada, Sabine Sparwasser, fasste die Bedeutung der Zusammenarbeit so zusammen: „Wir glauben an Multilateralismus und ein regelbasiertes Weltordnungssystem. Da sind Kanada und Deutschland ganz einer Meinung und können auch sehr viel zusammen tun."

oben
Friedrich Merz,
François-Philippe
Champagne

unten
Karl Müllner,
Michael Hood,
Stefan Kornelilus

oben links
Kelly Jackson,
Eric Bremermann

oben rechts
Tobias Lindner,
David Deißner

mitte rechts
Michael Hüther,
Berend Diekmann,
Sabine Sparwasser

unten
Jan Pörksen,
Michael Kolz,
David Manicom

oben
Friedrich Merz,
Florence Gauzy Krieger,
Martin Reichel,
Rolf Henke,
Iain Stewart,
Sabine Sparwasser,
Stéphane Dion,
Tom Jenkins

mitte links
Stéphane Dion,
Alan Steele

mitte rechts
Tom Jenkins,
Sabine Sparwasser

unten links
Jack Mintz,
Tom Jenkins

unten rechts
Pierre-Gerlier Forest,
Florence Gauzy Krieger

Interview mit Professor Dr. Joseph S. Nye jr.

“Sometimes nastiness is more effective than soft power”

US-Präsident Trumps Umgang mit der NATO ist äußerst durchsetzungsstark, meint Joseph S. Nye jr. Der Professor der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University stellt zudem fest, dass sich Trump stärker an außenpolitische Traditionen angepasst habe als erwartet. Im Gespräch mit der Atlantik-Brücke betont Nye jedoch, dass das Verteidigungsbündnis durch isolationistische Tendenzen der aktuellen US-Regierung gleichzeitig beeinträchtigt werde

Professor Nye, in your book “Is the American Century Over?”, written in 2015, you express the expectation that the United States will still be playing a leading geopolitical role in 2041. Have you changed your position after one year of the Trump presidency?

Certainly, Donald Trump has put some doubts in the back of my mind. It is possible that he could derail these predictions. The Americans will generally still have the capacity to play a leading geopolitical role, but I am not sure if they are going to have the will. In the 1930s Americans drew inward, even though they were the strongest country in the world. This led to a terrible decade.

Is it perhaps too early to say after one year?

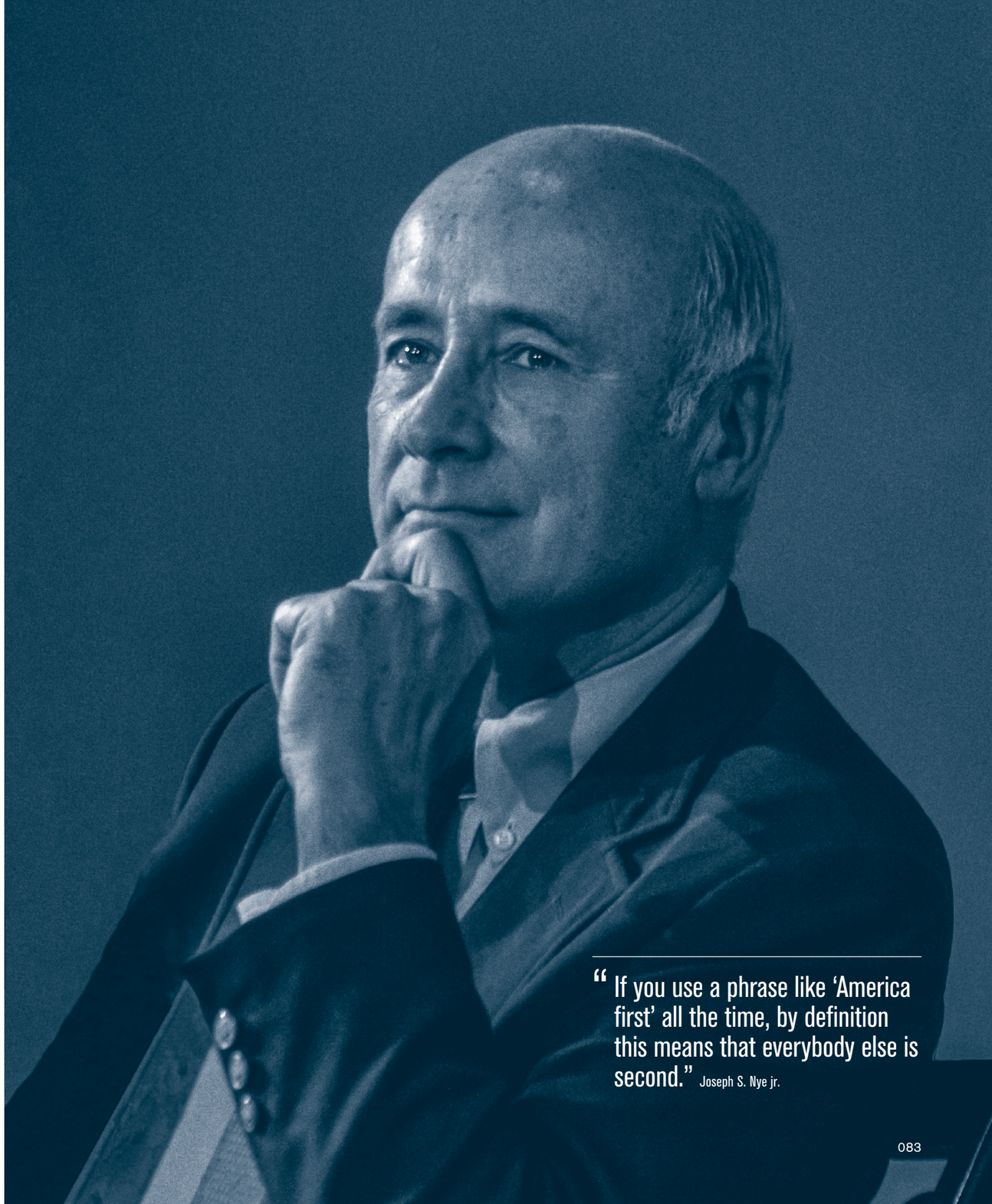
Trump has drawn upon a strand of populist nationalism which is common now in all countries in the developed world. It is, however, not dominant. If you look at public opinion polls, the majority of Americans still want overseas involvement including cooperation with other countries. But the strand that Trump has called upon is there. Even if Trump goes away, which I hope he will after four years, Trumpism or populist nationalism will persist. So, there is a certain danger that we face. We have to be careful to not just pin it on Trump’s difficult personality.

You invented the term “soft power” describing the ability to attract and persuade. Did the United States become less or more attractive under Trump’s presidency?

The evidence is very clear. I wrote a column for Project Syndicate saying that Trump has definitely reduced American soft power. There is a Gallup poll that shows that American attractiveness has gone down in more than 130 countries. There is a similar poll that was taken by Pew with results that were very much like those of the Gallup poll. Finally, there is an index of the soft power called the Soft Power 30 which is published in London by Portland, the British consultancy. The Americans dropped from first place in the last year of Obama to third place in the first year of Trump. That is not just a political statement or bias. There is evidence to substantiate that view.

What can be done to alter this course?

It is going to be difficult for President Trump because he tends to a bullying and unilateralist style which antagonizes others. If you use a phrase like “America first” all the time, by definition this means that everybody else is second. That is not exactly the way to attract others. With that being said, however, let us note that Trump is able to make changes in his policy.



“If you use a phrase like ‘America first’ all the time, by definition this means that everybody else is second.” Joseph S. Nye jr.

Before he was elected he said NATO was obsolete. After a few months in office he discovered NATO was not obsolete. There are a lot of areas where he has initially challenged the traditions of American foreign policy but has come around to embrace those traditions. If you combine that with a resurgence in the economy, which he expects to get through his fiscal stimulus, and if that does not go off the rails into inflation, Trump can recover some of the American soft power. But he has to change his style to be able to fully recover.

Which role will the United States be playing especially within NATO in 20 years' time?

Probably since the 1950s, since the Suez Crisis, there have been articles and predictions about the death of NATO. That is now obsolete. NATO has proven a far more resilient concept and structure because of two reasons: One is the relatively open organization for democratic societies which enables them to interact with each other, more than just at the top level. The second point is that geopolitically, Russia still is a problem or a puzzle. If Russia remains that sort of a puzzle then NATO will not be obsolete. I am leery of these views that say NATO is finished.

> "Trump can recover some of the American soft power. But he has to change his style."

And what will the role of the United States within NATO look like?

The United States will continue to seek its interests as it has since 1945 in being closely tied to an open and democratic Europe. That requires NATO and American participation in NATO.

Trump's "America first" strategy seems to foster American protectionism. Does this affect NATO's strength and the United States' long-known aspiration to shape the liberal world order?

It does. The attitude which Trump and some of his close advisors have taken, that a trade surplus is a measure of moral failure, is simply not good economics. The basic view of most regular economists is that your trade surplus and deficit has more to do with your savings and investing rates. As Trump has pressed this issue that trade surpluses are rogue and demanded renegotiation, it does spill over into other aspects of alliances. Look at the U.S.-Korea Free Trade Agreement or at the problems that Trump has had with his visits with Chancellor Merkel. This is a real problem.

Trump urges the Europeans to invest more in their military abilities. Is he right?

Asking the Europeans to do more to contribute to common defense has a long, long history. The two-percent-target goes back many years. But because of his bluster and style Trump may be more credible than Obama on that.

Does he have more credibility by being more forceful in that matter?

Sometimes nastiness as a hard power is more effective than soft power and can be used successfully as a force.

What are the main and most urgent strategic challenges for NATO?

The issue of the return of great power politics and the issue of how Russia will behave will require a combination both of deterrence and also a way to think about retaining the democratic processes in Eastern and Central Europe. Both challenges are going to be central to NATO. I do not expect countries like Poland or Hungary to defect to Russia. That is not plausible. But the quality of democracy in some of these former Visegrád countries has been under challenge from this same type of right-wing populist nationalism which has affected the United States. In addition to having a strong deterrent posture to prevent Russia from using its strength to bully its neighbors and expand, both NATO and the European Union have to think about the internal quality of democracy.

The Munich Security Conference 2018 focused in particular on the future role of the European Union as a global actor and its relations with Russia as well as the United States. What is your opinion on the EU's future role?

The EU plays a very important role. I have always thought of the EU as a magnet which should draw others towards an open, rules-based society both domestically and internationally. On the other hand, there is a historical danger of Central Europeans like Germany being drawn too much into the Russian orbit. The effort is to build bridges – but sometimes in the effort to build bridges they may go too far. The key question for Europe is whether it is careful enough not to be played by Putin in order to divide the United States from Europe. It is interesting to me that the sanctions were applied to show that a country cannot steal its neighbor's territory without paying a price. Those sanctions applied after the annexation of Crimea have maintained an important role and the West is not divided on that so far.

> "There is a historical danger of Central Europeans like Germany being drawn too much into the Russian orbit."

Do you think the sanctions should stay for the near future?

Yes. Until you see changes in Russian behavior. One could imagine steps that might be taken to reduce Russian interference in Luhansk and Donbass for example, which could lead to some degree of relaxation of sanctions in a step-by-step process. A total removal of sanctions right now would be a mistake.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

NATO provides a security blanket in the sense of reassurance. Despite of different national interests and different political pressures which tend to pull states in different directions, there is an overarching security framework which helps states to avoid rash or desperate types of actions. NATO in that sense is a complement to the EU. But the heart of the future of Europe is obviously to find ways to continue the process that has begun under the rubric of the European Union. That does not mean a federation. Political and public opinion do not back this kind of system right now.

NATO and the EU are complementary, like hard and soft power. The danger is that the Trump administration disrupts this larger picture. So far – and it is only a little over a year into his presidency – he has adapted more than I expected and has not broken that basic consensus in the Atlantic area. I don't want to sound like somebody who is a Trump supporter because it is very clear that I am not. But it is important that we keep what he is doing in some degree of perspective. So far he has not broken the basic hard power framework which underlies a smart power policy.

Professor Dr. Joseph S. Nye jr. wurde von Juliane Schäuble interviewt, Politikressortleiterin der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel"

“Managing Risks in a G-Zero World”

Ian Bremmer, Präsident und Gründer der Eurasia Group, diskutierte mit Mitgliedern der Atlantik-Brücke und Young Leaders-Alumni über eine konfliktgeprägte Welt ohne globale Führungsmacht

“Things are stable because we’re ignoring them, not because they’re not getting worse”: So kommentierte Dr. Ian Bremmer bei einem Dinner-Gespräch der Atlantik-Brücke am Vorabend der 54. Münchner Sicherheitskonferenz die aktuelle Weltlage.

> “Things are stable because we’re ignoring them, not because they’re not getting worse.”

Die Konferenz fand in einer angespannten sicherheitspolitischen Situation statt: Die Rhetorik zwischen Nordkorea und den USA hatte sich verschärft, und eine nukleare Auseinandersetzung schien nicht ausgeschlossen. Auch das Verhältnis zwischen der NATO und Russland war von Spannungen geprägt und die Golfregion durch Konflikte destabilisiert. Diese Entwicklungen spielten sich vor dem Hintergrund eines zunehmenden Nationalismus und einer Abkehr von der freiheitlichen Weltordnung ab.

Unter der Überschrift „Managing Risks in a G-Zero World“ diskutierten rund 60 Mitglieder und Young Leaders-Alumni mit Ian Bremmer die Kräfteverschiebungen und Verteilungskämpfe in einer Welt, in der es keine globale Führungsmacht mehr gibt.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der KPMG statt.

oben
Ian Bremmer

unten
Ian Bremmer mit den Teilnehmern der Dinner-Diskussion

oben
Kai Andrejewski

unten
Joachim von Schorlemer,
Stefan Höllermann

oben links
Stephan Garabet,
Christoph Rückel,
In-Hae Lee

oben rechts
Empfang im
Bayerischen Hof

mitte links
Ian Bremmer

mitte rechts
David Deißner

unten
Stefan Schirm,
Kerstin Bund

“Motivated to actively participate in America’s political future”

US-Generalkonsul James W. Herman sprach über politische und kulturelle Entwicklungen in den USA

Was bewegt die USA? Um diese Frage drehte sich das Gespräch mit US-Generalkonsul James W. Herman beim Frankfurt Luncheon. Herman leitet seit Mitte August 2015 das Frankfurter Generalkonsulat, das das größte US-Generalkonsulat der Welt ist.

Mit Blick auf die langfristigen Wirkungen der letzten Präsidentschaftswahl in Amerika bemerkte der Generalkonsul: “One of the benefits of the 2016 election is how many young people and women in both parties are motivated to actively participate in America’s political future.” Auch die Rolle von Minderheiten und die Medienlandschaft in den USA waren Thema des Gesprächs.

oben
James W. Herman,
Rainer Wunderlin

unten
Armin von Falkenhayn,
Hagen Schremmer,
Thorsten Weber,
Jan Kallmorgen,
Marc Philipp Becker,
Martin Reitz,
Michael Lepach

oben links
James W. Herman

oben rechts
Christoph Mäckler,
Maximilian Dietzsch-
Doertenbach

mitte rechts
Christoph Mäckler,
Cornelia Freiin von Wrangel,
Alexandre Grewlich,
André von Holtzapfel,
Gero von Pelchrzim,
Maximilian Dietzsch-
Doertenbach

unten
In der Frankfurter
Gesellschaft.

oben
Tina Breidenbach,
Sigrid Bauschert

unten
James W. Herman,
David Knower,
Hagen Schremmer

“We remain optimistic”

The future of the liberal order, the rise of China, and the rules of global trade were the topics of this year’s German-American Conference U.S. Secretary of Commerce Wilbur Ross was the conference’s keynote speaker. The following opinion piece by Denis McDonough, David Deißner and Steven Sokol, written after the conference, was published in “Handelsblatt Global” under the title “America and Germany are about so much more than Trump”

The Paris Climate Accord. Steel and aluminum tariffs. The Iran Deal. It is hard to imagine a rougher patch in transatlantic and U.S.-German relations.

When we participated in the joint German-American Conference of Atlantik-Brücke and the American Council on Germany in Washington, D.C. at the beginning of May, the mood of the German participants reflected this rough patch. There was great pessimism about how much progress can be achieved in shoring up the relationship given the current environment.

> “Maintaining the strength of this relationship over the next 75 years will require non-governmental actors to do all they can.”

Yet we repeat here in writing what we said at the conference: We cannot give in to this pessimism and be defeatist. The transatlantic partnership has been fundamental to the success of our countries over the course of the last 75 years, and even as our governments do not see eye-to-eye on many – or, it sometimes seems, any – issues, maintaining the strength of this relationship over the next 75 years will require non-governmental actors to do all they can to protect – and strengthen – this relationship.

Together – the people of the United States and Germany as much as the governments – we have done remarkable things, and not just in Europe, but increasingly around the world.

Our deep economic ties provide jobs, wealth, and opportunities for our respective people and economies, as well as increased security around the world. German companies in the U.S. employ roughly 700,000 people. Firms like BMW in South Carolina, which has invested $8.9 billion supporting 10,000 jobs and even more at suppliers located in the state, have revitalized entire regions of the country. German direct investment in the U.S. amounted to $255 billion in 2015 and $372 billion in 2016.

oben
Wilbur Ross,
Friedrich Merz

unten
Eberhard Sandschneider,
Michael Werz,
Helga Flores Trejo,
Norbert Röttgen

Shared economic interests are built on shared educational and cultural ties. Generations of Americans have studied in Germany, and Germans in America. In the last 16 years, more than 150,000 German students have come to the U.S. and just over 135,000 Americans have visited German universities. And even as our governments disagree about how to address major policy challenges, the people of our two countries have an opportunity to tackle a common fundamental problem that threatens our democratic governments: increasing dissatisfaction among voters resulting from a feeling that the economy is not working for everyday Americans and Germans.

A recent survey conducted by the American Council on Germany and Atlantik-Brücke found that on both sides of the Atlantic, there is a decline in confidence in democratic institutions. Clearly, citizens in both countries increasingly feel as if their concerns are not being addressed.

> “As we lament the rise of populist parties and politicians on both sides of the Atlantic – both Germany and the United States are reacting with insufficient urgency.”

Even as we lament the rise of populist parties and politicians on both sides of the Atlantic that respond to this dissatisfaction, both Germany and the United States are reacting with insufficient urgency. America suffers from a yawning skills gap where millions of well-paying jobs are empty because employers cannot find workers with the skills they need. Skills training is an area where U.S. companies can learn a great deal from the Germans. Meanwhile, notwithstanding its advances in technology, Germany trails most of the industrial world in what it calls “digitalization.” Here Germany can learn a lot from American companies and educators, even in light of our differences around data protection.

Cooperation on these shared challenges – and cooperation even while our governments continue to disagree on many other issues – will serve as a reminder of the great things Americans and Germans have been able to do when we work together. The German-American relationship has had highs and lows, but we remain optimistic because at the end of the day it is built on a range of shared interests among our people, if not always our governments. We believe that, if we engage with intentionality and hard work, the transatlantic relationship will not simply return to where it was, but will be even stronger.

Eine längere Version dieses Artikels erschien am 24. Mai 2018 auf Handelsblatt Global:
global.handelsblatt.com/opinion/america-germany-more-trump-925351

Weitere Materialien zur Konferenz finden Sie auf
www.atlantik-bruecke.org/the-alliance-in-question/

oben links
Whitney Baird

oben rechts
Rudolph Houck,
Norbert Röttgen,
Klaus Becker

mitte links
Klaus Becker,
Richard Minor,
Georg Klußmann,
David Knower,
Elke Rehbock

mitte rechts
Denis McDonough

unten
Eberhard Sandschneider,
Oriana Skylar Mastro

oben
David Deißner,
Tanit Koch,
Charles Kupchan

unten
Chris Murphy,
John Emerson,
Niels Annen

oben links
Walter Russell Mead

oben rechts
Juliane Schäuble,
Cecilie Rohwedder

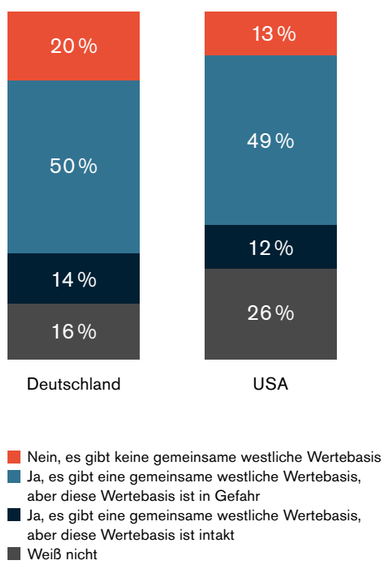
mitte rechts
Christian-Hendrik
Heusermann,
Andrew Frank

unten
Alieu Bah,
Adam Hunter

Deutsche und Amerikaner sehen westliche Wertebasis schwinden

Eine repräsentative Umfrage der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany untersucht die öffentliche Wahrnehmung des transatlantischen Verhältnisses und aktueller Herausforderungen für Europa und die USA

„Sind Sie der Meinung, dass es eine gemeinsame westliche Wertebasis gibt?“



Die offiziellen Beziehungen zwischen Washington und Berlin sind seit der Wahl von US-Präsident Donald Trump abgekühlt. Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Trump wurde im „Spiegel“ als „nicht so schlimm“ beschrieben – ein Ausweis dafür, wie gering die Erwartungen waren. Doch wie betrachten die deutsche und amerikanische Öffentlichkeit die Beziehungen zwischen ihren Ländern? Fühlen sie sich einander verbunden? Schätzen sie Chancen und Herausforderungen ähnlich ein?

Gemeinsame Wertebasis ist in Gefahr

Deutsche und US-Amerikaner sind skeptisch hinsichtlich der Werte, die von der westlichen Welt geteilt werden. Jeder Zweite glaubt, dass es eine solche gemeinsame Wertebasis gibt, diese aber in Gefahr ist. In Deutschland denken 20 Prozent der Befragten, dass die westliche Welt überhaupt keine gemeinsame Wertebasis hat.

Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, kommentierte: „Es reicht nicht mehr, die historische Verbundenheit zwischen Deutschland und den USA zu beschwören. Wir müssen uns stärker über geteilte Interessen verständigen und die Zuversicht in gemeinsame Ziele stärken. Unsere Umfrage hat gezeigt, dass Deutsche und Amerikaner ähnliche Fragen beschäftigen – das sollte die Grundlage unseres Dialogs miteinander sein. Es gibt viele Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können.“

Teilweise Einigkeit über gemeinsame Werte

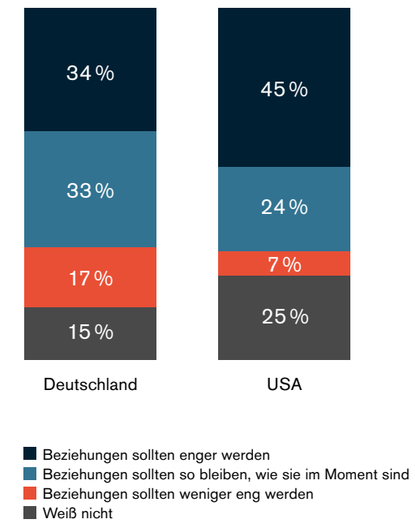
Trotz der wahrgenommenen Erosion des Fundaments gemeinsamer „westlicher Werte“ scheint es einen gewissen Konsens über die wichtigsten westlichen Werte zu geben: Die freie Meinungsäußerung steht in beiden Ländern an erster Stelle. Amerikaner und Deutsche waren sich jedoch nicht einig über die nachfolgenden gemeinsamen Werte. Für die Deutschen waren es Demokratie (56 Prozent), Privatsphäre (33 Prozent) und Rechtsstaatlichkeit (32 Prozent), für die Amerikaner Religionsfreiheit (38 Prozent), Demokratie (36 Prozent) und das Recht, Waffen zu tragen (30 Prozent).

Deutsche und Amerikaner wünschen sich enge transatlantische Beziehungen

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (67 Prozent der Deutschen und 69 Prozent der Amerikaner) wünscht sich, dass die transatlantischen Beziehungen so bleiben wie bisher oder noch enger werden. Beunruhigend ist jedoch, dass jeder fünfte Deutsche keine gemeinsame Wertegrundlage mit den USA sieht und 17 Prozent der Deutschen sich eine weniger enge Beziehung zu den USA wünschen.

Botschafter John B. Emerson, Vorsitzender des American Council on Germany und ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, sagte: „Die Umfrage hat ergeben, dass die Amerikaner bezüglich der Beziehung zu Deutschland optimistisch bleiben und sich sogar eine noch engere Bindung wünschen. Dieser Wunsch wird von einer deutlich geringeren Zahl der Deutschen erwidert: 20 Prozent sprechen sich für ein weniger enges Verhältnis aus. Es ist nun entscheidend, dass Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft in beiden Ländern die große Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft überzeugend kommunizieren und darauf hinweisen, wie sie sich auf viele Aspekte des täglichen Lebens der Bürger positiv auswirkt.“

„Sollten die amerikanisch-europäischen Beziehungen enger werden, weniger eng werden oder so bleiben wie heute?“



Terrorismus und Klimawandel sind die drängendsten Herausforderungen

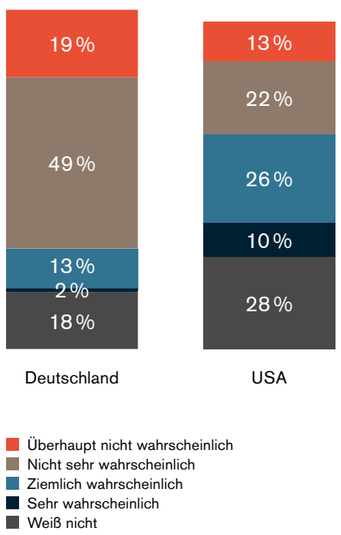
Befragt nach den größten globalen Herausforderungen nennen sowohl Deutsche als auch Amerikaner den Klimawandel und den Kampf gegen den Terrorismus. Insbesondere beim Kampf gegen den Terrorismus glauben 21 Prozent der Deutschen und 19 Prozent der Amerikaner, dass die transatlantische Kooperation besonders wichtig ist.

Mehr als ein Drittel aller Amerikaner hält ein Freihandelsabkommen für wahrscheinlich

Die Deutschen sind bezüglich des Zustandekommens eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und Europa pessimistisch. Nur 15 Prozent der Befragten halten den Abschluss eines Abkommens noch unter der Regierung Trump für

wahrscheinlich. Die Amerikaner haben eine deutlich positivere Einschätzung: Über ein Drittel der befragten Amerikaner (36 Prozent) glaubt, dass ein Freihandelsabkommen in der Amtszeit dieser Regierung abgeschlossen wird. Besonders optimistisch sind mit 53 Prozent die republikanischen Wähler.

„Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die USA und die EU ein Freihandelsabkommen miteinander abschließen?“



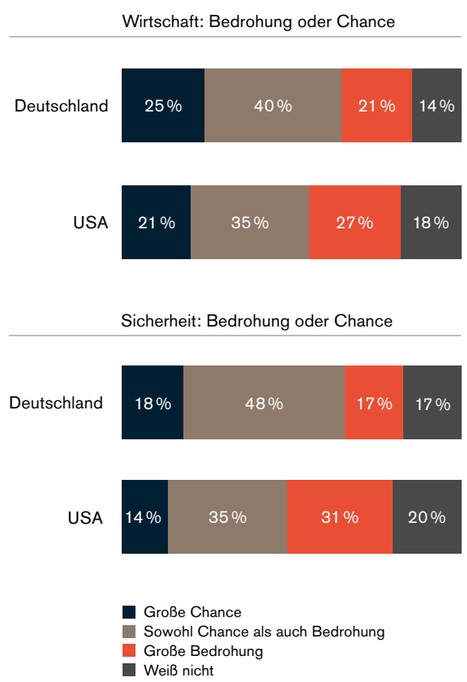
Gespaltener Blick auf die Effekte der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt

Mit Blick auf den Einfluss der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt sind Deutsche und Amerikaner gleichermaßen gespalten: 18 Prozent der Deutschen und der Amerikaner sehen die Digitalisierung als Chance, 26 Prozent der Deutschen und 20 Prozent der Amerikaner als Bedrohung.

Deutsche nehmen China eher als Chance wahr

China wird von vielen Amerikanern als Bedrohung wahrgenommen: 27 Prozent halten den ökonomischen Aufstieg Chinas für eine eindeutige Bedrohung, 31 Prozent denken, dass von China eine große sicherheitspolitische Gefahr ausgeht. Die Deutschen sind etwas optimistischer: Zwar sehen 21 Prozent Chinas Wirtschaftswachstum als Bedrohung, 25 Prozent aber als große Chance (gegenüber 21 Prozent der Amerikaner). Als großes sicherheitspolitisches Risiko sehen nur 17 Prozent der Deutschen China.

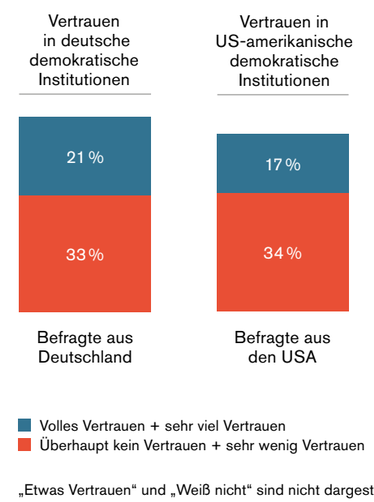
„Stellt der Aufstieg Chinas mit Blick auf Sicherheit und Wirtschaft eher eine Bedrohung oder eine Chance dar?“



Schwindendes Vertrauen in demokratische Institutionen

Ein beunruhigender Trend ist das sinkende Vertrauen in demokratische Institutionen auf beiden Seiten des Atlantiks. 33 Prozent der Deutschen und 34 Prozent der Amerikaner haben nur wenig Vertrauen. Je höher der Bildungsabschluss der Befragten, desto höher war auch ihr Vertrauen in die Demokratie.

„Wie viel Vertrauen, wenn überhaupt, haben Sie in die demokratischen Institutionen in den USA/ in Deutschland?“



Besorgnis über Fake News auf beiden Seiten des Atlantiks

In gezielten Desinformationen, sogenannten Fake News, sehen sowohl Deutsche als auch Amerikaner eine Bedrohung für die Demokratie.

Insgesamt sind 74 Prozent der Deutschen der Meinung, dass Fake News eine Bedrohung der Demokratie darstellen. In den USA ist diese Zahl mit 70 Prozent ähnlich. Unter den Amerikanern ist der Anteil derjenigen, die diese Bedrohung für ernst oder sehr ernst halten, mit 44 Prozent etwas größer als in Deutschland, wo diese Auffassung von 35 Prozent der Befragten geteilt wird.

Die Umfrage wurde auf der gemeinsamen Konferenz der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany am 7. Mai 2018 in Washington, D. C., veröffentlicht. Das Meinungsforschungsinstitut YouGov führte die Umfragen vom 4. bis 15. April gleichzeitig in Deutschland und den USA durch, wobei zwei Umfragen online durchgeführt wurden (USA: 2229 und Deutschland: 2000 Befragte).

Jahres-chronik der Atlantik-brücke

2017

16. – 17.05.2017 Deutsch-Amerikanische Konferenz „Finding Common Ground: Confronting Challenges and Setting Priorities for Europe and the United States“. Auswärtiges Amt, Berlin, in Kooperation mit dem American Council on Germany und dem Auswärtigen Amt

17.05.2017 Young Leaders Alumni Reception „Democracy under Threat? – Public Discourse and Political Culture in a Changing Media Environment“ mit Gordon Repinski, Reporter, „Der Spiegel“, und Anton Troianovski, Germany Correspondent, „The Wall Street Journal“. Vodafone Stiftung Deutschland, Berlin, in Kooperation mit der Vodafone Stiftung Deutschland

23.05.2017 Besuch einer Delegation des U.S. Marine Corps War College. Magnus-Haus, Berlin

09. – 10.06.2017 32. Deutsch-Kanadische Konferenz. Lester B. Pearson Building, Global Affairs Canada und Library, National Research Council. Ottawa, Kanada

09.06.2017 Frankfurt Luncheon „Economic and Trade Priorities of the Trump Administration“ mit Woodward Clark Price, Gesandter-Botschaftsrat für Wirtschaft, Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

22.06.2017 Workstream Digitalisierung „Digital Skills: How to get Ready for the Future of Labor“ mit Dirk Wiese, MdB (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Victoria Espinel, President & CEO, BSA, The Software Alliance, ehemals Advisor to U.S. President Barack Obama; Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V., und Dr. Mark Speich, damaliger Vorsitzender der Geschäftsführung, Vodafone Stiftung Deutschland. Vodafone Stiftung Deutschland, Berlin, in Kooperation mit BSA, The Software Alliance und der Vodafone Stiftung Deutschland

26.06.2017 Regionalgruppe München „Going West: German Start-ups on their Way to the United States“ mit Andy Goldstein, Executive Director, LMU Entrepreneurship Center, Co-Founder & Managing Director, Deloitte Digital GmbH, Managing Director, German Entrepreneurship, German Accelerator; Dr. Felix Reinshagen, Co-Founder & CEO, NavVis GmbH, und Dr. Maximilian Schmidt, Managing Director, Kinexon GmbH. KPMG AG, München

28.06.2017 Mitgliederversammlung und Gartenfest mit dem damaligen Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble. Deutsche Bank und Magnus-Haus, Berlin

05.07.2017 Dinner und Diskussion mit Congressman Brendan Boyle, Representative of Pennsylvania’s 13th Congressional District. Magnus-Haus, Berlin

31.07.2017 Transatlantic Call „After the G20 Summit: Prospects on Growth and Monetary Stability“ mit Dr. David Lipton, First Deputy Managing Director, International Monetary Fund, und Dr. Christian Pfrang, Lex Columnist, „Financial Times“

05. – 11.08.2017 Deutsch-Amerikanische Young Leaders-Konferenz. Santa Cruz, CA

28.08.2017 Transatlantic Call „Democracy and Participation in the Digital Age“ mit Alec Ross, Gouverneurskandidat, Autor und Senior Fellow, Johns Hopkins University, und Kirsten Rulf, McCloy Fellow, Harvard Kennedy School

08.09.2017 Frankfurt Luncheon „Die Bundestagswahl und deutsche Außenpolitik in ungewissen Zeiten“ mit Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

25.09.2017 Young Leaders Alumni Dinner mit Dr. h. c. Edelgard Bulmahn, Bundesministerin a. D., Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Café Einstein Stammhaus, Berlin

26.09.2017 Welcome Lunch zu Ehren von Botschafter Dr. Stéphane Dion, Botschafter von Kanada in Deutschland und Sondergesandter für die Europäische Union und Europa. China Club, Berlin

05.10.2017 Frühstücksgespräch „Angle of Attack: How US-Democrats Are Preparing for the Next Election“ mit Howard Dean, ehemaliger Gouverneur Vermonts, ehemaliges Vorstandsmitglied des Democratic National Committee. Noerr LLP, Berlin

08. – 13.10.2017 Mitgliederreise USA. Charlotte, NC, und Washington, D. C.

13.10.2017 Frühstücksgespräch mit dem damaligen Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble; John Cryan, damaliger Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Bank, und Friedrich Merz, Vorsitzender, Atlantik-Brücke. Ritz-Carlton, Washington D. C., in Kooperation mit der Deutschen Bank

13.10.2017 Frankfurt Luncheon „Reflections from the US: The German Election and American Foreign Policy under Trump“ mit Peter Rough, Fellow, Hudson Institute. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

16.10.2017 Regionalgruppe Rhein-Ruhr, Vortrag und Abendessen „The New Normal? Trump, Brexit und die deutsche Außenpolitik“ mit Friedrich Merz, Vorsitzender, Atlantik-Brücke. Industrie Club, Düsseldorf

16.10.2017 Regionalgruppe New York „Digitalization and the Future of Work“, Empfang und Diskussion mit Dr. Robin Mishra, Leiter Wissenschaft und Technologie, Botschaft

der Bundesrepublik Deutschland, und Christopher M. Schroeder, Entrepreneur, Venture Investor, Writer on Start-ups, Emerging Markets and the Middle East. Dentons US LLP, New York City, in Kooperation mit dem American Council on Germany

24.10.2017 Regionalgruppe Hamburg, Dinner und Diskussion „Crumbling from Within: The Crisis of American Superpower“ mit Roger Cohen, Op-Ed Columnist, „The New York Times“. Übersee-Club, Hamburg

25.10.2017 Keynotes und Podiumsdiskussion „Your Truth Is Not My Truth: Politics in a Changing Media Landscape“ mit Gerard Baker, Editor-in-Chief, „The Wall Street Journal“; Roger Cohen, Op-Ed Columnist, „The New York Times“; Julian Reichelt, Vorsitzender, BILD Chefredaktionen, Chefredakteur, BILD Digital, und Prof. Dr. Andrea Römmele, Professor for Communication in Politics and Civil Society, Hertie School of Governance. Axel Springer SE, Berlin

08.11.2017 Regionalgruppe London, Vortrag und Diskussion „We Can Work it out – or Can We? Current Challenges in Brexit Talks“ mit Prof. Dr. Andreas Dombret, Schatzmeister der Atlantik-Brücke. Travellers Club, London

10.11.2017 Frankfurt Luncheon „Populism on the March: What’s in Store for the EU after the German Election?“ mit Matthew Karnitschnig, Chief Europe Correspondent, „Politico“. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

14.11.2017 Frühstücksgespräch mit Dr. Richard D. Hooker jr., Special Assistant to the President and Senior Director for NATO and Europe, National Security Council, Magnus-Haus, Berlin

14.11.2017 Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Podiumsdiskussion „America Goes Home – Russia Goes Abroad? Foreign Policy Positioning under Trump and Putin and the Implications for Europe“ mit Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender, Münchner Sicherheitskonferenz; Dr. Andrey Kortunov, Director General, Russian International Affairs Council; Andrew S. Weiss, Vice President for Studies, Russia and Eurasia Program, Carnegie Endowment for International Peace, und Katja Gloger, Autorin, „Stern“. Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München, in Kooperation mit Deutscher Gesellschaft für Osteuropakunde und der Graduiertenschule für Ost- und Südeuropastudien, LMU/Universität Regensburg

14.11.2017 Dinnergespräch zum Stand der amerikanisch-russischen Beziehungen mit Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender, Münchner Sicherheitskonferenz; Dr. Andrey Kortunov, Director General, Russian International Affairs Council, und Andrew S. Weiss, Vice President for Studies, Russia and Eurasia Program, Carnegie Endowment for International Peace. HypoVereinsbank – HVB-Tower, München

15.11.2017 Fireside Chat „The Business Case for Diversity – Lessons Learned on Pinterest“ mit Candice Morgan, Head of Inclusion & Diversity, Pinterest. Clue, Berlin, in Kooperation mit der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

28.11.2017 Lunch Discussion „The Future of Transatlantic Economic Relations“ mit Marc Allen, President, Boeing International. China Club, Berlin, in Kooperation mit der Boeing Deutschland GmbH

29.11.2017 Abschiedsempfang zu Ehren von Lieutenant General Frederick B. Hodges, Commanding General, U.S. Army Europe. Magnus-Haus, Berlin

05.12.2017 Workstream Außen und Sicherheitspolitik, Frühstücksgespräch „Trump als Dealbreaker? Die aktuelle Iran-Politik der USA und die Antwort Europas“ mit Dr. Cornelius Adebahr, Associate Fellow, Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, und Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Chairman of the Advisory Council, Roland Berger GmbH, stellvertretender Vorsitzender & Leiter des Workstreams Außen- und Sicherheitspolitik der Atlantik-Brücke. Magnus-Haus, Berlin

05.12.2017 Diskussion „The Future of NATO and the European Security Order“ mit Michael O’Hanlon, Senior Fellow, The Brookings Institution. Magnus-Haus, Berlin, in Kooperation mit der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

08.12.2017 Frankfurt Luncheon, Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

12.12.2017 Transatlantischer Dialog „Digital Westphalia: Old Borders and New Rules“ mit John Frank, Vice President, EU Government Affairs, Microsoft; Peter Schaar, Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID), und Peter A. Winn, Acting Chief Privacy and Civil Liberties Officer & Director, Office of Privacy and Civil Liberties, U.S. Department of Justice. Microsoft Berlin, Berlin, in Kooperation mit Microsoft Deutschland

18.12.2017 Regionalgruppe New York, Empfang und Diskussion „The End of Multilateralism? Reflecing on 2017 and Looking Ahead to 2018“ mit Botschafter Dr. Christoph Heusgen, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen; Dr. Richard N. Hass, President, Council on Foreign Relations, und Friedrich Merz, Vorsitzender, Atlantik-Brücke. Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den UN, New York City, in Kooperation mit dem American Council on Germany

2018

20.01.2018 Young Leaders Alumni New Year's Reunion. Hirschburg, Königswinter

25.01.2018 Diskussionsveranstaltung „Zehn Jahre danach: Ist die nächste Finanzkrise nur eine Frage der Zeit?“ mit Felix Hufeld, Präsident, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin); Dr. Theodor Weimer, Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Börse AG, und Friedrich Merz, Vorsitzender, Atlantik-Brücke. Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main

28. – 29.01.2018 Deutsch-Kanadische Konferenz. Siemens Corporate Headquarters und Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, München

31.01.2018 Lunch Discussion „Unternehmer der Zukunft: Digitalisierung meistern“ mit Jay Carney, Senior Vice President, Global Corporate Affairs. Borchardt Restaurant, Berlin

12.02.2018 Transatlantic Call „NATO under Pressure“ mit Prof. Dr. Joseph S. Nye jr., University Distinguished Service Professor, Harvard University, und Juliane Schäuble, Ressortleiterin Politik, „Der Tagesspiegel“

13.02.2018 Exklusive Film-Preview „Die Verlegerin – The Post“ mit Michelle Logsdon, Kulturattachée, Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. Astor Film Lounge, Berlin, in Kooperation mit Universal Pictures International Germany GmbH

15.02.2018 Dinner-Diskussion im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz „Managing Risks in a G-Zero World“ mit Dr. Ian Bremmer, President & Founder, Eurasia Group. Bayrischer Hof, München, in Kooperation mit KPMG AG WPG und der Münchner Sicherheitskonferenz

27.02.2018 Frühstücksgespräch „The Transatlantic Alliance Post Brexit“ mit Sir Malcolm Rifkind, ehemaliger britischer Außen- und Verteidigungsminister. Regent Hotel Berlin, Berlin

28.02.2018 Frühstücksgespräch „The Trump Administration's Trade Policies in Theory & Practice“ mit Peter S. Rashish, Senior Fellow & Director of the Geoeconomics Program, American Institute for Contemporary German Studies (AICGS). Magnus-Haus, Berlin, in Kooperation mit der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

06.03.2018 Dinner im Rahmen der „Digital Transformation of Manufacturing Industries“ Conference mit Prof. Dr. Michael Dowling, Member, acatech, Vorsitzender, Münchner Kreis; Prof. Dr. Henning Kagermann, President, acatech, Global Representative „Plattform Industrie 4.0“, und Dietmar Rieg, President & CEO, German American Chamber of Commerce. University Club, New York City, in Kooperation mit acatech

08.03.2018 Diskussion und Konzert „Speaking up or Speaking Art?“ mit Dr. Clemens Trautmann, Präsident, Deutsche Grammophon GmbH; Igor Levit, Pianist, Leiter der Kammermusik Akademie des Heidelberger Frühling; Thomas Hampson, US-amerikanischer Opernsänger, Leiter der Lied Akademie des Heidelberger Frühling, und Dr. Sarah Tacke, Moderatorin und Korrespondentin, ZDF. Magnus-Haus, Berlin, in Kooperation mit dem Heidelberger Frühling

09.03.2018 Frankfurt Luncheon mit US-Generalkonsul James W. Herman. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

13.03.2018 Frühstücksgespräch „Why Internationalism Is Crumbling“ mit Frank Lavin, Chairman & CEO, Export Now. Magnus-Haus, Berlin

15.03.2018 Gespräch über das Buch „Zerbricht der Westen?“ mit Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Humboldt Universität zu Berlin; Friedrich Merz, Vorsitzender, Atlantik-Brücke, und Dr. Mark Speich, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesvertretung NRW Berlin, Berlin

13.04.2018 Frankfurt Luncheon „Von EURO 2024 bis LA 2028: Sportgroßveranstaltungen im Umbruch?“ mit Dr. Friedrich Curtius, Generalsekretär, Deutscher Fußball-Bund, und Johannes Curtius, International Relations Manager, Deutscher Olympischer Sportbund. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

06. – 07.05.2018 Deutsch-Amerikanische Konferenz „The Alliance in Question? The Transatlantic Relationship in an Era of Disruption“. Dirksen Senate Building, Washington, D.C., in Kooperation mit American Council on Germany

29.05.2018 Regionalgruppe München, Abschiedsempfang zu Ehren von US-Generalkonsulin Jennifer D. Gavito. Hearthouse, München

04.06.2018 Frühstücksgespräch zu Nord Stream 2 mit Peter B. Doran, President & CEO, CEPA, Café Einstein, Berlin

08.06.2018 Frankfurt Luncheon „Die R&D-Zukunft der Luftfahrt in Deutschland“ mit Dr. Jens Schiefele, Director Research and Rapid Development, Boeing Global Services Digital Aviation Research and Rapid Development Lab. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

28.06.2018 Mitgliederversammlung und Gartenfest. Magnus-Haus, Berlin

Impressum

Herausgeber
Atlantik-Brücke e.V.,
Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Redaktionsleitung
Katharina Draheim, Dr. David M. Deißner (verantw.)

Projektleitung
Katharina Draheim

Mitarbeit
Robin Fehrenbach, Tobias Luthe

——

Verlag
TEMPUS CORPORATE GmbH –
Ein Unternehmen des ZEIT Verlags
Büro Berlin: Alt-Moabit 94, 10559 Berlin
Büro Hamburg: Helmut-Schmidt-Haus,
Buceriusstraße, Eingang Speersort 1,
20095 Hamburg

Geschäftsführung: Jan Hawerkamp, Mark Schiffhauer

Projektleitung
Yvonne Baumgärtel

Artdirection & Layout
Susanne Kluge

Lektorat
Dr. Katrin Weiden (dt.), Lisa Wicklund (engl.)

Herstellung
Dirk Woschei, Tim Paulsen

Repro
twentyfour seven, creative media services gmbh,
Dorotheenstraße 3, 10117 Berlin

Druck
G. Peschke Druckerei GmbH
Taxetstraße 4, 85599 Parsdorf b. München

Bildnachweis
Umschlag: Kai Müller
Lesezeichen: Kai Müller
S. 002: Katharina Draheim/Atlantik-Brücke, Kai Müller
S.006: Thomas Trutschel/Photothek
S.010: Benn Craig/Belfer Center
S.017–023: Jan Zappner/Raum 11
S.025–027: Nicholas Séguin, Ralph Duchesne
S.029–035: Thomas Trutschel/Photothek
S.037–039: Anna Maciejowski/Atlantik-Brücke
S.040–041: Laura Morton
S.043: Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S.047–051: Viktoria Harbecke, Ana Ramic/Atlantik-Brücke
S.053–055: Matthias Schoebe
S.056–057: David Deißner, Katharina Draheim, Viktoria Harbecke, Tobias Luthe, Anna Maciejowski/Atlantik-Brücke, Jannette Kneisel/Heidelberger Frühling
S.059: Viktoria Harbecke/Atlantik-Brücke
S.061: Institute for National Strategic Studies
S.063: Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S.065: Anton Kleihues/Atlantik-Brücke
S.067: Eventpress/Microsoft
S.069–071: Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S.075: Christopher Becker/Atlantik-Brücke
S.077–081: Katharina Draheim/Atlantik-Brücke, Lennart Preiss
S.083: Harvard Kennedy School
S087–089: Matthias Balk/Münchner Sicherheitskonferenz
S.091–093: Stefan Krutsch
S.095–099: Kristoffer Tripplaar

Gremien

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender:
Friedrich Merz, Mayer Brown LLP, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Roland Berger GmbH, Hamburg
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn, Bundesministerin a.D., Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D., Hannover

Schatzmeister:
Prof. Dr. Andreas Dombret, Bad Homburg

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

Weitere Vorstandsmitglieder

Kai Diekmann, Journalist, Berlin
Jürgen Fitschen, Deutsche Bank Stiftung, Frankfurt am Main
Angelika Gifford, Micro Focus GmbH, Böblingen
Dr.-Ing. Jürgen Großmann, Georgsmarienhütte Holding GmbH, Hamburg
Dr. Ingrid Hengster, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main
Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin
Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Köln
Botschafter Wolfgang Ischinger, Münchner Sicherheitskonferenz, München
Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Deutscher Bundestag, Berlin
Staatssekretär Christian Lange, MdB (SPD), BMJV, Berlin
Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, Berlin
Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), Deutscher Bundestag, Berlin
Karsten Uhlmann, Frankfurter Brauhaus GmbH, Frankfurt (Oder)
Max M. Warburg, M.M. Warburg & CO, Hamburg
Dr. Michael Werz, Center for American Progress, Washington, D.C.
Ute Wolf, Evonik Industries AG, Essen

(Stand: Juni 2018)

Geschäftsstelle

Geschäftsführung

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

Assistentin der Geschäftsführung:
Mira Walter

Assistentin des Vorsitzenden,
Programmmanagerin,
Buchhaltung/Mitgliederbetreuung:
Jenny Koch

Kommunikation und Dokumentation

Leiterin Kommunikation:
Katharina Draheim

Leiter Analyse und Dokumentation:
Robin Fehrenbach

Programme

Leiterin Programme:
Viktoria Harbecke

Senior-Programmmanagerin:
Anna Maciejowski

Stakeholder und Outreach Management:
Ana Ramic (bis 15.06.2018)

Programmmanagerin:
Amélie Kuttruf (ab 01.07.2018)

Programmmanager,
Verantwortlicher Controlling:
Christopher Becker

(Stand: Juni 2018)

Atlantik-Brücke e.V. · Magnus-Haus · Am Kupfergraben 7 · 10117 Berlin · info@atlantik-bruecke.org